



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Das Tagungspräsidium der KPV-Landesvorstandssitzung (v.l.): Heinrich Lenz, Georg Huber, Christian Meißner, Gerhard Weber und Werner Bumedner. Bild: DK

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:

Blickpunkt Kommunalwahlrecht

Eine Reihe von Themen galt es bei der jüngsten Sitzung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) im Münchner Franz Josef Strauß-Haus „abzuarbeiten“. Besonderes Augenmerk lag dabei auf aktuellen Fragen rund um das Kommunalwahlrecht. Hierzu hatte die KPV den Leiter des CSU-Arbeitskreises für kommunale Fragen im Bayerischen Landtag, Christian Meißner, MdL, eingeladen.

Zu Beginn informierte KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle in seinem Rechenschaftsbericht über aktuelle politische Fragen, die die Gemüter in letzter Zeit stark bewegten. Neben dem Rücktritt von CSU-Hoffnungsträger Karl-Theodor

zu Guttenberg standen die heiß diskutierten Vorschläge des Zukunftsrats, die Breitbandinitiative, der Länderfinanzausgleich und der gefundene Hartz IV-Kompromiss auf der Agenda. Wie Rößle konstatierte, stelle der Hartz-IV-Kompromiss für

die Kommunen eine deutliche Verbesserung gegenüber früheren Angeboten der Bundesregierung dar.

Übernahme der Grundsicherung

Durch die Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei (Fortsetzung auf Seite 4)

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune Bayern:

Nachhaltigkeit hat viele Gesichter

Jahresversammlung in Nürnberg – Resolution verabschiedet

Rund 45 Kommunen haben sich zum Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune Bayern zusammengeschlossen. Sie teilen die Ansicht, dass Kommunen heute neue Wege öffnen müssen, um Bürgerinnen und Bürger in ihrer Mitverantwortung und Mitbestimmung ernst zu nehmen. Nicht nur „Stuttgart 21“, sondern auch viele Bürgerbegehren in Bayern zeigen, wie wichtig und aktuell diese Forderung ist.

Im Rahmen ihrer Jahresversammlung in Nürnberg führte zunächst Dr. Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags in das Themenfeld „nachhaltige kommunale Entwicklung“ ein.

Beispiel Österreich

Bürgermeister Georg Moosbrugger sprach über die Kultur der Nachhaltigkeit seiner österreichischen Gemeinde Lengenfeld, die 2010 mit dem Europäischen Dorferneuerungspreis ausgezeichnet wurde. Dr. Klaus

Zeitler von SIREG (Sozialwissenschaftliches Institut für regionale Entwicklung) zeigte wiederum auf, wie sich kleine Kommunen ein Bild über den örtlichen demografischen Wandel verschaffen können.

Zukunft des Netzwerks

Dr. Bernd Witzmann, Ministerialdirigent im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, und Danielle Rodarius vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern berichteten schließlich

über den aktuellen Stand und die Zukunft des Netzwerks Nachhaltige Bürgerkommune Bayern.

Wissensgemeinschaft

Ob gelungene Verfahren der Bürgerbeteiligung, hervorragende Energiesparkkonzepte, interessante Modellvorhaben zur Stärkung des Zusammenlebens der Generationen, wertvolle Erfahrungen mit der ökologischen Landwirtschaft oder nachahmenswerte Wege der Aktivierung des Ehrenamtes: Das Netzwerk bildet eine Wissensgemeinschaft, die auf interkommunalen Erfahrungsaustausch setzt, hob der Geschäftsführer des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement, Dr. Thomas Röbbke, hervor.

Wachsendes Misstrauen

Vor dem Hintergrund, dass im Alltag immer mehr Menschen mit der Demokratie einverstanden sind, aber die demokratischen Institutionen mit wachsendem Misstrauen (Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerns Wirtschaftsminister Zeil zur Exportentwicklung 2010:

Bayern findet zu gewohnter Stärke zurück

„Bayern ist 2010 im Exportgeschäft auf die Erfolgsspur zurückgekehrt. Die Ausfuhren des Freistaats sind gegenüber dem Vorjahr um 17,1 Prozent gestiegen und damit so stark wie seit 35 Jahren nicht mehr. Bayerns Exportwirtschaft hat somit binnen eines Jahres den krisenbedingten Rückgang großteils wieder aufgeholt. Dies zeigt die hohe Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Unternehmen, die ihre Chancen auf den Weltmärkten optimal nutzen“, kommentiert Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil die vorliegenden Gesamtdaten der bayerischen Außenhandelsstatistik 2010.

Die Ausfuhren wiesen insbesondere im zweiten und dritten Quartal hohe Wachstumsraten auf. Auch im vierten Quartal legten die Exporte weiter zu, wenn auch mit einer etwas geringeren Dynamik. Dies stimme weiter

zuversichtlich für das laufende Jahr. „Trotz bestehender Risiken für die Weltkonjunktur bin ich optimistisch, dass die hervorragend aufgestellte bayerische Exportwirtschaft im Jahr 2011 wieder einen neuen Außenhandels-

rekord aufstellen kann“, betont Zeil.

Unterstützung durch die Staatsregierung

Die Bayerische Staatsregierung werde die Unternehmen im Freistaat bei ihrem Weg auf die Weltmärkte weiterhin tatkräftig unterstützen. Wirtschaftsminister Zeil nennt beispielhaft die Fortführung des Maßnahmenpakets Außenwirtschaft mit dem Ziel, die Exportquote des bayerischen Mittelstands weiter auszubauen. „Wir haben unser einzigartiges Netzwerk von Auslandsrepräsentanzen weiter ausgebaut. Allein 2010 wurden drei neue Repräsentanzen des Freistaats eröffnet. Rund um den Globus stehen den Unternehmen nun 23 kompetente Anlaufstellen bei der (Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabrina

„Japans schwarzer Freitag ist so etwas wie Lehrstück und Weltgericht in Einem“, resümiert die rechte Hand des Bürgermeisters und erinnert daran, dass es eine absolute Sicherheit weder in der Natur noch bei technischen Anlagen gibt. Deshalb seien alle Unternehmungen immer ein Austarieren zwischen Nutzen und möglichem Schaden. Seite 11

Hanns-Seidel-Stiftung, K.Group und Noerr LLP:

Energiewandel als kommunale Aufgabe

Für viele kommunale Entscheider stellt sich die Frage nach der Verbesserung des energiewirtschaftlichen Engagements in der eigenen Stadt oder Gemeinde. Die Möglichkeiten sind ebenso vielfältig wie unübersichtlich.

Im Mittelpunkt einer Fachtagung der Hanns-Seidel-Stiftung am 5. April 2011 im Tagungszentrum in München stehen kommunale Energiekonzepte, Teilhabe an der örtlichen Netz- und Energieversorgung, Chancen und Risiken unterschiedlicher Modelle, Konzessionsverträge, Rekommunalisierung sowie die erneuerbaren Energien als kommunaler Wirtschaftsfaktor.

Infos: Giovanni Sammadaro, eMail: ref0303@hss.de. □

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Loipen-Präparation, Wachszelte-, und Stadionaufbau sind angesagt im Bodenmaier Skilanglaufzentrum. Der 22. Skadi Loppet steht an. An die 2000 Skilangläufer aus 20 Nationen treffen sich am kommenden Wochenende im Bayerischen Wald. Neben Weltcup- und Spitzenläufern treffen sich jedes Jahr auch viele Hobbylangläufer zum großen Saisonfinale. Schneeprobleme gibt es nicht. Derzeit werden täglich über 80 km Loipen präpariert. Die Veranstaltung zählt zu den größten Skimarathon-Rennen in Europa. Die einzigartige Schneesicherheit des Bayerischen Waldes hat die Veranstaltung über die Jahrzehnte zum traditionellen Winterfinale des Deutschen Skiverbandes und der Skimarathonszene in Mitteleuropa werden lassen. □

Sie lesen in dieser Ausgabe	
Seehofer will mit Bürgern reden	Seite 2
Bayern betreibt aktive und wirksame Wohnraumförderung	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Bürgerschaftliches Potenzial erhalten und ausbauen	3
Ein Netzwerk der besonderen Art	3
Wege zur inklusiven Gesellschaft	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunale Finanzthemen	5 - 7
Kommunale Baupolitik	8
Wasser · Abwasser	9
Aus den bayerischen Kommunen	10 - 12

Seehofer will mit Bürgern reden

Seine Ankündigung, Integration und Landesentwicklung in die Verfassung aufzunehmen, wird von FDP und Opposition abgelehnt

Ministerpräsident Horst Seehofers Ankündigung beim Politischen Aschermittwoch in Passau, die CSU werde Bayerns Verfassung nach dem Grundsatz „Wir vor Ich“ in mehreren Punkten ändern, ist im Landtag nicht nur beider Opposition, sondern auch beim Koalitionspartner FDP auf Kritik und Ablehnung gestoßen. Es geht vornehmlich um Integration, aber auch um Landesplanung und um den schuldenfreien Staatshaushalt. Der Ablehnung bewusst, setzt Seehofer auf die Aktivierung der Bürger.

Sprache sei der Schlüssel zur Integration, hatte der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende postuliert. Von Ausländern müsse daher verlangt werden, „sich zu unserer Werteordnung zu bekennen und als Erstes die deutsche Sprache zu lernen“. Dazu gehöre auch ein klares Bekenntnis zu den Grundwerten der Bundesrepublik.

Bekenntnis zum ländlichen Raum

Zweites Thema der Verfassungsänderung, die etwa im Wahljahr 2013 zum Volksentscheid gebracht werden könnte, ist die Landesentwicklung. Angesichts des durch das Gutachten des Zukunftsrates auch in der CSU aufgekommenen Protests gegen die schwerpunktmäßige Förderung städtischer Ballungsgebiete, will Seehofer „ein Bekenntnis zum ländlichen Raum“ verfassungsmäßig festmachen. Dies gelte insbesondere für das derzeit in Arbeit befindliche neue Landesentwicklungsprogramm (s. GZ Nr. 5 / 2011).

Staatshaushalt ohne neue Schulden

Schließlich schlug Seehofer vor, den Staatshaushalt ohne neue Schulden zum Verfassungsgrundsatz zu machen. Dies in Ergänzung zur Schuldenbremse ab 2020, wie sie ins Grundgesetz der Bundesrepublik aufgenommen worden ist.

Für den Koalitionspartner FDP verwies Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker auf den Koalitionsvertrag, in dem von solchen Schritten keine Rede sei. Man lade die CSU jedoch gerne ein, „uns auf dem Weg zu besserer Integration zu folgen“. Das sei keine Einbahnstraße, sondern Aufgabe beider Seiten. Seehofers Stellvertreter, Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP), hielt Seehofers Vorstoß für überflüssig. Verfassungsänderungen müsse man mit staatsmännischer Weitsicht und Verantwortung angehen.

Integration darf nicht einseitig sein

Franz Schindler (SPD), der

Vorsitzende des Rechtsausschusses, bezeichnete Seehofers Ankündigung „im Bierdampf von Passau stil- und würdelos“. Verfassungsänderungen seien im Landtag zu diskutieren. Die SPD werde verhindern, dass die CSU die Verfassung im Wahlkampf missbrauche. Renate Ackermann (Grüne) befand, Integration dürfe nicht einseitig sein. Ministerpräsident und CSU sollten entsprechende Projekte besser initiieren und fördern; zum Beispiel

Innenstaatssekretär Gerhard Eck:

Bayern betreibt aktive und wirksame Wohnraumförderung

2011 stehen mehr als 200 Millionen Euro zur Verfügung

Innenstaatssekretär Gerhard Eck informierte bei einer Pressekonferenz über das Bayerische Wohnungsbauprogramm 2011: „Wir halten die Wohnraumförderung in Bayern im Gegensatz zu anderen Bundesländern auf hohem Niveau und stellen 2011 wieder mehr als 200 Millionen Euro zur Verfügung.“ Außerdem zog Eck gemeinsam mit Gerhard Flaig, dem Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt, Bilanz für das vergangene Jahr: „2010 haben wir den Bau von mehr als 1.700 Mietwohnungen gefördert und den Bau beziehungsweise Kauf von 5.000 Eigenwohnungen unterstützt. Zudem konnten rund 2.200 Mietwohnungen und Heimplätze in Altenpflegeeinrichtungen mit staatlicher Hilfe modernisiert werden.“

Bayern fördert den Wohnungsbau heuer mit 145 Millionen Euro aus Landesmitteln. Hinzu kommen 10 Millionen Euro aus dem Programm „Aufbruch Bayern“, wovon vor allem Wohnraum für Familien im ländlichen Raum gefördert wird. Außerdem stehen 50 Millionen Euro Bundesmittel zur Verfügung.

Weitere Unterstützung

„Da die derzeitige Wohnungsbautätigkeit noch immer hinter dem Bedarf zurückbleibt, halte ich eine wirkungsvolle Unterstützung des Wohnungsbaus auch weiterhin für unbedingt erforderlich“, betonte Eck. „Insbesondere für Familien ist es schwer, in den Ballungsräumen erschwinglichen Wohnraum zu finden.“

Verhaltener Optimismus

2009 wurden in Bayern nur etwa 31.000 Wohnungen fertig ge-

sen nur, dass die CSU mit ihrem Vorstoß zur Integration genau den wunden Punkt getroffen hat“. Er forderte alle anderen Fraktionen auf, sich mit der CSU „ohne Wenn und Aber“ zur christlich geprägten deutschen Leitkultur zu bekennen. Zur Verfassungsänderung äußerte sich König nicht. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt dagegen ließ verlauten, seine Partei werde sich nicht von der Diskussion mit den Bürgern abhalten lassen.

Der Freie-Wähler-Fraktionsvorsitzende Hubert Aiwanger monierte ebenfalls fehlendes Personal. Man brauche „Fingerspitzengefühl und keinen plumphen Populismus“. Grundsätzlich seien die Freien Wähler gesprächsbereit, gleichwertige Chancen für Stadt und Land auch in der Verfassung zu verankern.

Oppositionsreflexe

Alexander König, stellvertretender CSU-Fraktionsvorsitzender, kontierte, „die Oppositionsreflexe der anderen Parteien bewei-

sen nur, dass die CSU mit ihrem Vorstoß zur Integration genau den wunden Punkt getroffen hat“. Er forderte alle anderen Fraktionen auf, sich mit der CSU „ohne Wenn und Aber“ zur christlich geprägten deutschen Leitkultur zu bekennen. Zur Verfassungsänderung äußerte sich König nicht. CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt dagegen ließ verlauten, seine Partei werde sich nicht von der Diskussion mit den Bürgern abhalten lassen.

Volksentscheid

Für eine Verfassungsänderung nach § 75 BV bedürfte es im Landtag einer Zweidrittelmehrheit. Seehofer hat nicht ausgeschlossen, die Änderungen per Volksbegehren (10 % der Wahlberechtigten) anzustoßen. Gelänge das, käme es zum Volksentscheid, für den nur die einfache Mehrheit in der Verfassung vorgesehen ist. **rm**

hat Bayern mehrere Wohnraumförderungsprogramme aufgelegt. Im Bayerischen Wohnungsbauprogramm fördert der Freistaat den Bau von Mietwohnungen und Heimplätzen für Menschen mit Behinderung sowie für den Neubau und Kauf von Eigentumswohnungen und Eigenheimen.

Bayerisches Zinsverbilligungsprogramm

Wohneigentum wird außerdem über das Bayerische Zinsverbilligungsprogramm gefördert. Hier verbilligt die Bayerische Landesbodenkreditanstalt die ohnehin zinsgünstigen KfW-Darlehen für den Neubau und den Kauf von Eigenwohnungen noch weiter. Mit dem bayerischen Modernisierungsprogramm unterstützt der Freistaat die Modernisierung von Mietwohnungen und Heimplätzen für alte Menschen.

Die Fördermittel werden laut Eck dem regionalen Bedarf entsprechend verteilt. Der Schwerpunkt der Mietwohnraumförderung liege in den Ballungsgebieten, im ländlichen Raum dominiere hingegen die Eigenwohnraumförderung. **Detaillinformationen zur bayerischen Wohnraumförderung bietet das Internet unter [www. wohnen.bayern.de](http://www.wohnen.bayern.de).** □

Finanzminister Georg Fahrenschon:

„Ja zu EU-Unternehmen, Nein zu EU-Steuern!“

Nach einem Medienbericht plant die EU-Kommission, von 2014 an über die Körperschaftsteuer eigene Einnahmen zu erzielen, um unabhängiger von den Zahlungen der Mitgliedstaaten zu werden. Multinationale Konzerne sollen demnach künftig den Status eines EU-Unternehmens führen und damit ihre Steuern direkt in den Brüsseler Haushalt zahlen können.

Der Anteil, den die Mitgliedstaaten bisher eingenommen hätten, soll mit den Überweisungen in den EU-Haushalt verrechnet werden. Den Vorstoß der EU-Kommission, über die Körperschaftsteuer eigene Einnahmen zu erzielen, wies der Bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon strikt zurück: „EU-Steuern und steuerbasierte Einnahmen der EU sind mit dem Charakter der Europäischen Union als Staatenverbund

nicht vereinbar. Eigene Steuern erheben kann nur ein selbständiger Staat - und Europa ist eben kein solcher.“

Höhere Steuerbelastung für die Bürger

Bei Einführung von EU-Steuern ist spätestens mittelfristig mit einer höheren Steuerbelastung für Bürger und Unternehmen zu rechnen. Diese Türe sollte nicht geöffnet werden! Es wäre unrealistisch, darauf zu vertrauen, dass auf lange Sicht Steuererhöhungen auf EU-Ebene durch nationale Steuersenkungen kompensiert werden.

„Wir wollen ein Europa ohne eigene Schulden und ohne eigene Steuern, ohne neue Eigenmittel. Statt neue EU-Einnahmen zu fordern, müssen wir uns auf europäischer Ebene darauf konzentrieren, vorhandene Einsparpotenziale im EU-Haushalt

Landkreise sind familienfreundlich

Der Deutsche Landkreistag hat auf die Bedeutung von Familienfreundlichkeit in der öffentlichen Verwaltung aufmerksam gemacht und eine Broschüre zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf veröffentlicht. Präsident Hans Jörg Duppré sagte: „Wir wollen hiermit aufzeigen, wie wichtig es ist, am Thema Familienfreundlichkeit immer weiter zu arbeiten. Familienfreundlichkeit ist unverzichtbare Voraussetzung für eine leistungsfähige und bürgerorientierte öffentliche Verwaltung mit motivierten Mitarbeitern.“

„In unserer Broschüre wollen wir weiter für das Thema sensibilisieren und Hilfestellung leisten. Das Papier ist ein Angebot an die 301 Landkreise und enthält Anregungen, Instrumente und gute Beispiele.“ Es handele sich dabei um einen „Instrumentenkasten“, aus dem jede Kommune die Elemente auswählen könne, die auf die eigene Situation passen, so Duppré. Die Landkreise verstünden sich bereits jetzt als Vorreiter, berufliche Tätigkeit mit der Sorge für Kinder und pflegebedürftige Angehörige zu vereinbaren. In sieben Handlungsfeldern wie beispielsweise Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Führungskompetenz oder Service für Familien würden mögliche Instrumente einer besseren Vereinbarkeit zur Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen bei gleichzeitiger Tätigkeit in der Kreisverwaltung aufgezeigt. „Die Maßnahmen und Instrumente haben anregenden und empfehlenden Charakter und können auch zur Überprüfung und Reflexion der eigenen Anstrengungen in diesem Themenfeld dienen“, so Duppré. „Motivierte und zufriedene Mitarbeiter sind für die Landkreise noch immer die beste Gewähr für unbürokratische, bürger- und wirtschaftsorientierte Verwaltungsdienstleistungen. Hinzu kommt, dass angesichts des Fachkräftemangels und der demografischen Entwicklung die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstärkt in den Blick genommen werden muss, um auch zukünftig eine gute Personalgewinnung und Mitarbeiterentwicklung gewährleisten zu können“, sagte Duppré abschließend. □

Kabinettsrevirement

Marcel Huber hält Einzug in der Staatskanzlei
Thomas Kreuzer folgt ihm im Kultusministerium

Auf zwei Positionen neu besetzt geht die Staatsregierung die kommenden innen- und bundespolitischen Aufgaben an. Das durch die Wahl von Staatskanzleiminister Siegfried Schneider zum Präsidenten der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) in der CSU aktuell gewordene Stühlerücken fiel unvorhergesehen zusammen mit dem Rücktritt von Bundesverteidigungsminister Karl Theodor zu Guttenberg. Ministerpräsident Horst Seehofer schaffte zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid und anderen maßgeblichen Politikern der CSU-Spitze buchstäblich über Nacht die Neuregelungen in München und Berlin. Beim Politischen Aschermittwoch in Passau fasste er eine Woche später zusammen: „Die CSU ist wieder ein Kraftpaket und darauf sind wir stolz.“

Schneider war Ende Februar vom Medienrat der BLM mit großer Mehrheit zum neuen Präsidenten gewählt worden. Seehofer war sich mit der Fraktion einig, die Nachfolge seines Staatskanzleichefs so rasch wie möglich zu regeln.

In die in Staatskanzlei und CSU laufenden Gespräche zur Kabinettsumbildung platzte die Nachricht, dass Karl Theodor zu Guttenberg sein Berliner Ministeramt und sein oberfränkisches Bundtagsmandat, wegen der Plagiats- und Betrugsvorwürfe gegen seine Doktorarbeit von 2006, zurückgab.

Nach kurzer, intensiver Diskussion über Nacht und in der CSU-Fraktion tags darauf standen Um- und Neuberufung fest: In der Staatskanzlei übernimmt der 53-jährige bisherige Kultusstaatssekretär Dr. Marcel Huber die Geschäfte.

Für den oberbayerischen Abgeordneten ist es „eine große Ehre, in der bayerischen Machtzentrale arbeiten zu dürfen“. Georg Schmid sieht Huber als neues Bindeglied zwischen Fraktion und Staatskanzlei.

Zielbewusster Organisator

Der ebenfalls für diesen Posten ins Gespräch gebrachte Vize-Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer folgt Huber ins Kultusministerium. Der 51-jährige Jurist und schwäbische Abgeordnete Kreuzer gilt als zielbewusster Organisator. Es hieß, in diesem Sinne gebe es im komplizierten Bildungsbereich viel zu tun. Im Landtag hatte er Fraktionschef Schmid von organisatorischen Aufgaben entlastet. Profil gewann er als Vorsitzender von drei Untersuchungsausschüssen. Zuletzt leitete er den Landesbank-Ausschuss, dessen Schlussbericht demnächst im Landtag zur Diskussion steht.

Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Harald Güller, meinte, mit seiner Erfahrung in Untersuchungsausschüssen könne sich Kreuzer auf die Suche nach Versäumnissen in der Bildungspolitik machen. Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause sah Kreuzer als „völlig sachfremden Parteisoldaten“. Der Amtswechsel sei ein „planloses Postengeschacher“. Was die Staatskanzlei betrifft, bedauerte SPD-Generalsekretärin Natascha Kohnen, dass Seehofer im Jahr der Frau keine Staatskanzleiministerin berufen habe. **rm**

Wir gratulieren	
ZUM 60. GEBURTSTAG Bürgermeister Hans Friedrich 97320 Buchbrunn am 3.4. Oberbürgermeister Klaus Herzog 63739 Aschaffenburg am 29.3. Bürgermeister Otto Beck 91596 Burk am 29.3. Bürgermeister Anton Drexl 86510 Ried am 30.3.	Bürgermeister Wolfgang Mayer 89355 Gundremmingen am 25.3.
ZUM 55. GEBURTSTAG Bürgermeister Anton Wolf 88167 Stiefenhofen am 2.4. Landrat Dr. Karl Döhler 95632 Weinsiedel am 4.4. Bürgermeister Werner Bäuerlein 91183 Akenberg am 24.3.	ZUM 50. GEBURTSTAG Bürgermeister Konrad Sepp 86987 Schwabsoien am 23.3. Bürgermeister Gerhard Korn 91564 Neuendettelsau am 28.3. Bürgermeister Armin Postler 96169 Lauter am 29.3.
Hinweis in eigener Sache: Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.	



Unter der Leitung von Dr. Ingo Krüger, Geschäftsführer der Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen (l.) erläuterten auf dem Podium Wilfried Mück, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und Verwaltungsdirektor bei der Caritas, Ekkehard Mutschler, Jugendmedienschutzbeauftragter beim Deutschen Kinderschutzbund, Sparkassenpräsident Theo Zellner, Günther Lommer, Präsident des Bayerischen Landessportverbands sowie Dr. Rainer Koch, Präsident des Bayerischen Fußballverbandes und DFB-Vizepräsident (v.l.) ihre gemeinsamen Aktivitäten im Netzwerk „Vereint in Bewegung“.

Bayernweite Initiative zieht Bilanz:

Ein Netzwerk der besonderen Art

Gemeinsam Ideen und Projekte zur Gewalt-, Sucht- und Gesundheitsprävention entwickeln, die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fördern und die Ressourcen der Sport- und Sozialverbände bündeln. Das ist das erklärte Ziel der Vernetzungsinitiative „Vereint in Bewegung“, die kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Hinter dieser Idee stehen der Bayerische Landes-Sportverband, der Bayerische Fußball-Verband, der Deutsche Kinderschutzbund Landesverband Bayern, die Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen und seit 1. Januar 2011 die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Bayern.

Zwar befassen sich bereits viele Sozial- und Sportverbände mit den Themenkomplexen Prävention und Integration, jedoch geht „Vereint in Bewegung“ einen innovativen Weg: Sport und Sozialwesen haben sich vor über drei Jahren auf Initiative der Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen zusammengeschlossen. Sie bündeln jetzt ihre Erfahrungen und Angebote und schaffen Informations-Plattformen in den bayerischen Gemeinden vor Ort.

15 bayerische Standorte

In derzeit 15 bayerischen Standorten – nämlich Augsburg, Coburg, Landshut, Nürnberg, Regensburg, Rosenheim, Würzburg, Schweinfurt, Dillingen, Bayreuth, Erlangen, Bamberg, Weilheim, Deggendorf und Kaufbeuren – sind sportlich-soziale Netzwerke entstanden. Ihnen steht die Initiative als Impulsgeber zur Seite.

Unter dem Motto „Mehr Miteinander durch Spiel und Sport“ haben alle Projektbeteiligten vielfältige Möglichkeiten, die gesetzten Ziele der Gewalt- und Suchtprävention, der interkulturellen Öffnung und Integration im Sport sowie der Entlastung der sozialen Träger durch Sportangebote zu erreichen. „Vereint in Bewegung“ führt zu einer nachhaltigen Vernetzung zwi-

schen Sport und Sozialem, die zunächst in der Öffentlichkeit wenig sichtbar ist.

Fehlentwicklungen vorbeugen

„Es ist uns ein Anliegen mit ‘Vereint in Bewegung’ gesellschaftlichen Fehlentwicklungen vorzubeugen“, so Theo Zellner, Sprecher der Initiative und Vorstandsvorsitzender der Sportjugendstiftung der bayerischen Sparkassen. Um dabei erfolgreich zu sein, bedürfe es einer breiten Allianz auf gesamt-bayerischer Ebene, genauso wie an jedem der einzelnen Standorte, so der Präsident. Dabei wolle man dem Kaleidoskop bestehender Initiativen nicht eine weitere kostspielige Idee hinzufügen, sondern vielmehr den vorhandenen, vielfältigen Werkzeugkasten sinnvoll einsetzen. Mit diesem „ressourcenschonenden Erfolgsrezept“ habe der Sparkassenverband letztlich nach drei Jahren konsequenter Arbeit den Bayerischen Sozialpreis gewonnen. An Einmaleffekten ist Zellner gar nicht gelegen. Zudem definiert er „als Sparkassier ... Hilfe zur Selbsthilfe“ als gelebte Sparkassenphilosophie. Gut vorstellen kann sich der Präsident, dass man künftig auch Initiativen in das Netzwerk integriert, die sich auf breiter Basis der Musik verschrieben haben. Ähnlich

wie bei sportlichen Aktivitäten sei Musizieren Gewalt- und Suchtprävention und aktiviert zudem, nicht nur bei jungen Menschen, wichtige Gehirnanale.

Einzelprojekte

Begeistert berichteten bei der Veranstaltung verschiedene Initiatoren über ihre vielen Einzelprojekte: In Augsburg ermöglichte beispielsweise die Vernetzung von unterschiedlichen Migrantenorganisationen ein wöchentliches „muslimisches Frauenschwimmen“ im städtischen Schwimmbad – wobei das Angebot von Mädchen und Frauen aus allen Kulturkreisen genutzt werden darf und wird.

In Weilheim können sich durch die Vernetzung der örtlichen Realschule mit einem Sportverein Ganztagschüler auf dem bislang ungenutzten Vereinssportplatz nachmittags austoben. Kinder aus einkommensschwachen Familien nehmen in Coburg und Landshut wieder an Vereinssport-Angeboten teil. So werden in der Gewalt- und Suchtprävention von Kindern und Jugendlichen neue, innovative Akzente gesetzt.

Vor wenigen Wochen hat die Bayerische Landesstiftung diese bisher einzigartige Initiative mit

Kolumne Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

Überalterung der Gesellschaft, Fachkräftemangel, Wegzug umsatzstarker Wirtschaftsbetriebe in das europäische Ausland. Die Hiobsbotschaften, die die Kommunalpolitik beinahe im Tagesrhythmus erreichen, gehen nicht aus. Die Probleme sind bekannt, doch welche Lösungsmöglichkeiten bleiben uns gerade auch angesichts leerer Kassen in den Kommunen?

Immer mehr Gemeinden, aber auch Landkreise und Regionen entdecken für sich die Familienfreundlichkeit als Schlüssel zur erfolgreichen Bewältigung der anstehenden Problemlagen. Starke Familienstrukturen sind in unserer



spielsweise die beteiligten Akteure zur Konzeptentwicklung und die konkrete Umsetzung zusammen kommen und gemeinsam ein familienfreundliches Umfeld gestalten.

Unter der Trägerschaft des Landkreises Mühldorf wurde daneben gerade im Rahmen der Leader-Aktionsgruppe Mühldorfer Netz e.V. der „Wettbewerb familienfreundliche Gemeinde“ durchgeführt. Als zentrales Einstiegselement für alle weiteren Bemühungen und Aktivitäten rund um das Thema

Familienfreundlichkeit war der Wettbewerb im Sinne einer Strategie- und Ideenschmiede für die Gemeinden angelegt. Ausgehend von der Klärung der eigenen gemeindlichen Qualitätsansprüche an eine „familienfreundliche Entwicklung“, galt es Ansätze und Ideen zur Umsetzung abzuleiten. Dabei sollten die teilnehmenden Gemeinden – immerhin mehr als die Hälfte aller Kommunen im Landkreis beteiligte sich aktiv am Wettbewerb – auch ihre bisherigen Aktivitäten auf dem Weg zur Familienfreundlichkeit darstellen. Auf Basis dieser Rückschau konnten dann gemeindenspezifische Ansätze für die Zukunft gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden. Als Besonderheit ging aus diesem Wettbewerb hervor, dass nicht nur die sehr guten und differenzierten Beiträge der einzelnen Gemeinden von der unabhängigen Jury ausgezeichnet wurden, sondern dass auch die Beiträge unter dem Aspekt der interkommunalen Kooperationen besondere Anerkennung fanden.

Liebe Leserinnen und Leser, wenn wir über den Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Gebieten sprechen, dann wird uns immer wieder bewusst, dass soziales Miteinander, Gemeinschaftssinn und gegenseitige Hilfestellung gerade im ländlichen Raum auch heute noch feste Größen im gesellschaftlichen Leben sind. Es ist an uns – den Entscheidungsträgern aus der Politik – gemeinsam mit den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern dieses enorme bürgerschaftliche Potenzial zu erhalten und auszubauen. Weben wir gemeinsam an einem dichten und leistungsfähigen sozialen Netz in und zwischen unseren Städten, Märkten und Gemeinden, das uns mit Sicherheit Rückhalt für die demographischen Herausforderungen in der Zukunft geben wird.

Ihr Georg Huber, Landrat

Bürgerschaftliches Potenzial erhalten und ausbauen

Zeit aber keineswegs mehr eine Selbstverständlichkeit, Familien brauchen mehr und mehr die Unterstützung von externen Partnern wie Vereinen, Netzwerken oder auch den Kommunen. Ich bin der sicheren Überzeugung: Wir können das Feld „Familienfreundlichkeit“ nur dann effektiv und nachhaltig für die Zukunft bestellen, wenn alle beteiligten Akteure gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Betroffenen zu aktiv Beteiligten machen – das ist das geltende Motto. In vielen Landkreisen – wie auch im Landkreis Mühldorf – entstanden oder entstehen in diesem Sinne immer noch Seniorenpolitische Konzepte. Das kann und darf aber nur der erste Schritt sein. Der nächste Schritt, und zwar die Erstellung eines Sozialpolitischen Konzeptes muss die logische Konsequenz sein. Und dabei sind nicht die Kommunen alleine in der Verpflichtung!

Wenn ich Bürgerversammlungen besuche und mich vor Ort mit den Menschen unterhalte, sehe und spüre ich, wie groß das Angebot an ehrenamtlichen Leistungen ist. Viele Bürgerinnen und Bürger engagieren sich sehr stark für das Zusammenleben in ihrer Stadt, in ihrer Gemeinde. Was vielfach noch fehlt ist die Abstimmung der einzelnen Angebote und Leistungen untereinander und die konkrete Umsetzung der Ideen und Projekte. An „Runden Tischen“ können bei-

dem Sozialpreis ausgezeichnet. Dieser mit 10.000 Euro dotierte Preis würdigt damit ein bedeutendes sozialpolitisches Projekt. Dies ist Bestätigung und An-

sporn zugleich für die Erkenntnis, dass es gemeinsam einfach besser geht.

Informationen im Internet: www.vereint-in-bewegung.de.

sten die Vorzüge des unmittelbaren Zusammenseins mit behinderten Menschen wahrnehmen. Kircher sagte: „Nur dann gelingt der Weg zu einer inklusiven Gesellschaft.“

Beteiligung an der Planung

Dass in der heutigen Leistungsgesellschaft nicht immer die optimalen Bedingungen für diesen gesellschaftlichen Reformprozess vorliegen, merkte Davor Stubican vom Paritätischen Wohlfahrtsverband in Bayern kritisch an. Gelingen kann der Inklusionsprozess nach Ansicht des Psychiatriereferenten deshalb nur, wenn sich Menschen mit einem individuellen Unterstützungsbedarf aktiv bei der Planung mit einbringen dürfen. „Die Gesellschaft zum Barriereabbau zu bewegen, ist ein sehr spannendes Projekt, für das wir viel Atem brauchen“, sagte Stubican.

Workshops

Die Workshops befassten sich mit vier zentralen Bereichen zur Umsetzung des Inklusionsgedankens in der Gesellschaft – etwa: Welche Voraussetzungen müssen für inklusives Wohnen geschaffen werden? Und wie kann Inklusion in der Arbeitswelt gelingen? In einem weiteren Workshop diskutierten Experten und Betroffene Inklusion von Anfang an für Kinder und Jugendliche. Neue Wohnformen für Seniorinnen und Senioren wurden dagegen in der Runde Inklusion im Alter debattiert. Die Ergebnisse der Workshops werden bis voraussichtlich Ende März auf der Internetseite des Bezirks Oberbayern dokumentiert.

Wege zur inklusiven Gesellschaft

Bezirk Oberbayern veranstaltete ersten Fachtag zur Inklusion

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit dem Ziel einer inklusiven Gesellschaft kann nur dann gelingen, wenn möglichst viele Menschen offen und bereit sind, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten. „Der Bezirk Oberbayern nimmt sich dieser Aufgabe mit Herzblut an“, versprach der oberbayerische Bezirkspräsident Josef Mederer anlässlich des ersten Fachtags zur Inklusion. „Wir haben hier im Haus eine große Verantwortung. Wir wollen, dass Menschen, die beeinträchtigt sind, selbst bestimmt leben können.“

Die Gestaltung und Organisation des Fachtages „Wege zur Inklusion“ erfolgte durch den Bezirk Oberbayern in Kooperation mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege, der Landesarbeitsgemeinschaft der Selbsthilfe (LAG Selbsthilfe Bayern) sowie dem Kommunalunternehmen der Kliniken des Bezirks Oberbayern (KBO). In mehreren Fachreferaten und Workshops wurden die Herausforderungen, die die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für die gesamte Gesellschaft mit sich bringt, aus den unterschiedlichsten Perspektiven beleuchtet.

An einem Strang ziehen

Es wurde deutlich: Inklusion gelingt keinesfalls aus dem Stand, sondern nur, wenn alle Beteiligten an einem Strang ziehen – Menschen ohne Beeinträchtigung sowie Menschen mit einer Behinderung. Zugleich wächst auf Grund des demographischen Wandels in der Gesellschaft aber auch das Bewusstsein für ein Le-

ben mit Beeinträchtigungen. Menschen mit einer Behinderung in der Mitte der Gesellschaft anzunehmen, stellt dennoch aus Sicht aller Beteiligten einen Paradigmenwechsel dar. Bezirkspräsident Mederer appelliert deshalb an die rund 180 Teilnehmer, darunter auch viele betroffene Menschen mit Behinderung, gemeinsam und mit aller Kraft auf dieses Ziel hinzuwirken. „Der Weg wird lang, aber wir sind bereits mit-tendrin“, sagte Mederer.

Moralische Gleichheit

Der Theologe und Erziehungswissenschaftler Prof. Axel Bohmeyer (Katholische Hochschule für Sozialwesen in Berlin) erklärte, dass der UN-Behindertenrechtskonvention der normative Anspruch der unbedingten moralischen Gleichheit aller Menschen zu Grunde liege. Alle Bürgerinnen und Bürger hätten die gleiche Rechte und die gleiche Würde. Inklusion sei deshalb kein Sonderrecht für Menschen

mit Behinderung, sondern ein unverzichtbares Grundrecht für alle Menschen. „Der Anspruch auf Teilhabe muss garantiert werden“, sagte Bohmeyer. Für den Staat bedeute dies, dass er die Weichen von einer Politik der Fürsorge hin zur Selbstbestimmung stellen müsse. „Das ist ein Paradigmenwechsel.“

Teilhabe, Selbstbestimmung und Chancengleichheit – Inklusion: Nach Auskunft von Ministerialdirigent Burkhard Rappl erarbeitet derzeit im Sozialministerium der Runde Tisch „Zukunft der Behindertenhilfe in Bayern“ ein Konzept für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf bayerischer Ebene.

Eckpunktekatalog

Herzstück ist ein Eckpunktekatalog zur Umsetzung dezentraler Wohnstrukturen für Menschen mit Behinderung. Erste Überlegungen sollen im Sommer vorliegen. Ziel müsse sein, die Umwelt in allen Lebensbereichen barrierefrei zu gestalten. Der Geschäftsführer der LAG Selbsthilfe Bayern e.V., Reinhard Kirchner, warnte in diesem Zusammenhang aber davor, Inklusion nur als spezielles Konzept für Menschen mit Behinderung zu verstehen. Auch Menschen ohne Behinderung müs-

Haderthauer zu Pflegestützpunkten in Bayern:

Beratungsbedarf ist gedeckt

„In sehr vielen bayerischen Kommunen bestand bereits bevor der Bund die Pflegestützpunkte erfunden hat, ein sehr gutes, neutrales Beratungsangebot rund um die Pflege, so beispielsweise die bestens funktionierenden Fachstellen für pflegende Angehörige“, so Sozialministerin Christine Haderthauer. Diese 110 Fachstellen bieten flächendeckend ein fachlich hervorragendes Unterstützungs- und Betreuungsangebot. Das bayerische Sozialministerium fördert sie jährlich mit rund 1,3 Mio. Euro. Insofern war Bayern von Anfang an skeptisch, inwieweit für die vom Bund gewünschten Pflegestützpunkte im Freistaat überhaupt Bedarf besteht.

Zur Vermeidung verwirrender Doppelstrukturen sei festgelegt worden, dass die Kassen Pflegestützpunkte nicht gegen den Willen der Kommunen als Konkurrenz zu bereits bestehenden Beratungsangeboten einrichten können, so die Ministerin. Viele Kommunen sehen keinen messbaren Mehrwert in der Errichtung eines Pflegestützpunktes, da bereits attraktive Betreuungsangebote bestehen. Haderthauer versicherte, dass die Entscheidungen der Kommunen zu respektieren seien.

Die Finanzierung der Pflegestützpunkte ist im Bundesgesetz geregelt. Die Kosten des laufenden Betriebs sind von den Trägern zu übernehmen. Zudem ist eine Anschubfinanzierung des Bundes mit bis zu 50.000 Euro vorgesehen. „Hierfür zusätzliche Gelder des bayerischen Steuerzahlers aufzuwenden, verbietet sich daher“, bemerkte die Sozialministerin abschließend.

Blickpunkt Kommunalwahlrecht ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Erwerbsminderung komme es zu einer erheblichen finanziellen Entlastung der Gemeinden. Die Forderungen der CSU seien berücksichtigt worden; Parteivorsitzender Horst Seehofer habe hier einen großen Erfolg errungen.

Als wichtigen Bestandteil des Kompromisses in Bezug auf die Auswirkungen für die Kommunen nannte Rößle unter anderem das Bildungspaket, das auch für Kinder von Familien, die Wohn-geld beziehen, gewährt werde. Die Trägerschaft gehe komplett auf die Kommunen über. Der Bund stelle auf dem Weg der Beteiligung an den Kosten der Unterkunft den Kommunen 2011, 2012 und 2013 jeweils 400 Millionen Euro für das Mittagessen von Kindern in Hortbetreuung und für Schulsozialarbeit zur Verfügung.

Erstattung vom Bund

Das Gesamtvolumen von 1,6 Mrd. Euro (ab 2014: 1,2 Mrd. Euro) pro Jahr (inklusive Verwaltungskosten und Übernahme der Kosten für die Warmwasser-aufbereitung) werde über die Beteiligungsquote des Bundes an den „Kosten der Unterkunft“ (KdU) im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende den Kommunen erstattet. Die Erstattung der Leistungsausgaben für das Bildungspaket wird auf Basis der Ist-Kosten jährlich fortlaufend angepasst. In einem Drei-Stufen-Modell werden die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung auf Dauer durch den Bund übernommen. Das entspricht allein 2012 bis 2015 einer Nettoentlastung der Kommunen von 12,2 Mrd. Euro.

Stichwahlen abschaffen

Mit Blick auf eine mögliche Änderung des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes meinte Rößle, es gebe sowohl gute Gründe für als auch gute Gründe gegen eine Abschaffung der Stichwahlen in Bayern. Hintergrund der Diskussion ist ein Antrag des CSU-Kreisverbandes Schwandorf, der beim Parteiausschuss in München an die KPV überwiesen wurde. In diesem Antrag wird dafür plädiert, das Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz dahingehend zu ändern, dass bei den Wahlen der Landräte sowie Ersten Bürgermeister und Oberbürgermeister die absolute Mehrheit für die Wahl nicht mehr erforderlich ist. Gewählt ist derjenige, der die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.

Wahltaktische Erwägungen

Begründet wird der Antrag damit, dass Landräte und Bürgermeister sich auf eine breite demokratische Legitimation stützen können sollen. Insofern hatte die Stichwahl zwischen den Bewerbern mit den meisten Stimmen zur Herbeiführung der absoluten Mehrheit einen Sinn. Andererseits sei festzustellen, dass immer mehr Parteien und Wählergruppen eigene Kandidaten aufstellen. Oftmals gehe es dabei erklärmaßen weniger um das höchste Amt, sondern hauptsächlich darum, eine bessere Ausgangsposition für die Wahl der Gemeinderäte etc. zu schaffen. Mitunter spiele auch der Gedanke eine Rolle, dass dadurch eine Stichwahl zu Stande kommt und man in Verhandlungen für die Unterstützung eines Bewerbers Vorteile für Ausschussbesetzungen usw. aushandeln kann. Fünf und mehr Bewerber seien mithin längst nicht mehr ungewöhnlich, so dass die Stichwahl immer mehr zur Re-

gel wird. Bei den Kommunalwahlen im März 2008 waren rund 300 Stichwahlen notwendig.

Noch mehr als bei „normalen“ Wahlen sei das Interesse an Stichwahlen also bereits gewaltig geschwunden „und wird es, wie man bei realistischer Betrachtung wird eingestehen müssen, weiter sein“, heißt es in dem Antrag. Die gewünschte Unterstützung und Legitimation durch den Wähler finde nicht mehr statt. Eine Stichwahl sollte daher nur noch dann durchgeführt werden, wenn im ersten Wahlgang zwei oder mehr Bewerber die gleiche Stimmzahl erreichen. Für die beantragte Änderung des Gesetzes spräche zudem ein geringer Personal- und Kostenaufwand durch den Wegfall der Stichwahlen, darüber hinaus reiche bei Landtags- und Bundestagswahlen ebenfalls die einfache Mehrheit, um den Stimmbeziehungsweise Wahlkreis zu gewinnen und auch in anderen Bundesländern genüge bei Kommunalwahlen die einfache Mehrheit.

Supplementary vote

Da es nicht einfach sein werde, „einen Beschluss der Antragskommission komplett umzuwandeln“, wäre es nach Stefan Rößles Ansicht durchaus überlegenswert, sich mit dem englischen „Supplementary vote“-Verfahren als mögliche Alternative zu befassen. Bei diesem Verfahren wird in einem einzigen Wahlakt neben einer ersten Stimme zusätzlich eine zweite Alternativ-Stimme abgegeben, für den Fall, dass kein Bewerber die absolute Mehrheit der Erststimmen erreicht. Es besteht keine Verpflichtung zur Abgabe der Alternativ-Stimme, aber ohne eine erste Stimme kann keine Alternativ-Stimme abgegeben werden.

Absolute Mehrheit genügt

Zur Ermittlung des Wahlsiegers werden zunächst die ersten Stimmen ausgezählt. Wer dabei die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht, ist gewählt. Gelingt dies keinem Kandidaten, scheiden bis auf die beiden Bestplatzierten alle übrigen Kandidaten aus. Nun werden die Stimmzetteln jener Wähler ausgewertet, die mit der ersten Stimme für einen inzwischen ausgeschiedenen Kandidaten gestimmt haben. Soweit sie ihre Alternativstimme

für einen der beiden Bestplatzierten abgegeben haben, werden diese Stimmen für die beiden Favoriten hinzuaddiert. Der Kandidat, der nun insgesamt die meisten Stimmen hat, ist gewählt.

Weiter für die Abschaffung

Nach intensiven Diskussionen kam eine klare Mehrheit in der KPV schließlich zu dem Ergebnis, weiter für die Abschaffung der Stichwahl in der bisherigen Form einzutreten. Sollte es dazu nicht kommen, wäre das „Supplementary vote“-Verfahren eine brauchbare Lösung.

Für MdL Christian Meißner ist die jetzige Form der Stichwahl „rein parteipolitisch unfair“. Als weitere mögliche Änderungen bis zur nächsten Kommunalwahl führte er in einem kurzen Abriss zunächst eine Gesetzesinitiative im Bayerischen Landtag zur völligen Aufhebung der Altersgrenze für kommunale Wahlbeamte an. Die zweite große Baustelle im Rahmen des kommunalen Wahlbeamtengesetzes sei die Überlegung, „den Bürgermeistern mehr Geld zu geben und bei den Nebentätigkeitsvorschriften aufzuräumen“.

Erleichterung der Briefwahl

Zudem wird Meißner zufolge die Erleichterung der Briefwahl ebenso auf den Weg gebracht wie die Erweiterung der Zuständigkeit des Beschwerdeausschusses. Hier wird auf Bürgermeister- und Landratswahlen ausgeweitet. Auch soll die Definition des Schwerpunkts der Lebensbeziehungen eines Kandidaten gestrichen werden. Benötigt werde aber „mindestens ein mel-derechtlicher Wohnsitz in der Kommune, in der sich der Politiker zur Wahl stellen will“. Was mögliche Anfechtungen nach der Wahl anbelangt, so sollen sich in Zukunft mindestens fünf Wahlberechtigte zusammenfinden. Zudem ist angedacht, das passive Wahlrecht bei Landräten und Bürgermeistern auf 18 Jahre zu senken. „Immer noch umstritten innerhalb der CSU-Landtagsfraktion ist hingegen „der Rücktritt kommunaler Mandatsträger ohne triftigen Grund“, wie Meißner berichtete.

Höchstaltersgrenze soll bleiben

Keine Mehrheit finde in der

Fraktion dagegen eine mögliche Aufhebung der Höchstaltersgrenze kommunaler Wahlbeamter. Im Grunde, so Meißner, sei diese Diskussion „unehrlich“, weil es hier um eine persönliche Angelegenheit gehe. Da der Koalitionspartner FDP jedoch auf einer Änderung bestanden habe, werde es nach Auskunft Meißners wohl zunächst darauf hinauslaufen, „dass sämtliche kommunalen Spitzenverbände zu dem Ergebnis kommen, die Höchstaltersgrenze stufenweise einzuführen“.

Eigene Positionen zum Bayerischen Landesplanungsgesetz

Stichwort Landesentwicklung: Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat eine Projektgruppe unter der Leitung von MdL Erwin Huber, Vorsitzender des Arbeitskreises für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, eingesetzt, um eine Positionierung der Fraktion zu einem eigenen Bayerischen Landesplanungsgesetz und zur Gesamtfortschreibung des Landesentwicklungsprogramms vorzubereiten und sich gegenüber der Staatsregierung zu äußern. Das nunmehr vorliegende Diskussionspapier, das auch den kommunalen Spitzenverbänden zugeleitet wurde, ist nach Rößles Dafürhalten „in dieser Form nicht kompatibel mit der KPV-Meinung“.

Kritik am ZOS

Gräfelings Bürgermeister Christoph Göbel, der einer speziell eingesetzten Arbeitsgruppe in der KPV angehört, kritisierte unter anderem Überlegungen zum Zentralen-Orte-System (ZOS), wonach „eine deutliche Verschlankung zum Beispiel auf drei Hierarchiestufen verbunden mit Abstufungen und Reduzierung der Gesamtzahl bzw. eine Beschränkung auf nur mehr eine Kategorie ‚zentraler Ort‘“ diskutiert werden sollte. „Diese ZO sichern die örtliche und überörtliche Grundversorgung“, heißt es weiter. Auch der Vorschlag, dass es bei der raumstrukturellen Gliederung künftig drei Hauptkategorien ohne Untergliederung, nämlich „Verdichtungsraum“, „ländlicher Raum“ und „strukturschwacher Raum“ geben sollte, stieß bei Göbel auf Unverständnis, denn: „Welches Unternehmen ist denn dann überhaupt noch bereit, sich im Falle der Einschätzung ‚strukturschwacher Raum‘ anzusiedeln?“. **DK**

Bayern findet zu gewohnter ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Erschließung neuer Exportmärkte zur Seite. Dies hilft insbesondere Exportneueinsteigern aus dem Mittelstand bei der notwendigen Vermittlung von Ortskenntnis und Kontakten“, erklärt der Minister.

Exportserfolge

Bayerische Exportschlager waren 2010 unverändert Fahrzeuge. Die Exporte in diesem Bereich legten um 18,5 Prozent auf rund 45 Milliarden Euro zu. Zusammen mit den ebenfalls deutlich gestiegenen Ausfuhren bei Maschinen (+10,9 Prozent), elektrotechnischen sowie chemischen Erzeugnissen (+24,2 bzw. +22,6 Prozent) dominieren diese Warengruppen das bayerische Auslandsgeschäft mit einem Anteil am Gesamtexport von über zwei Dritteln.

Bayerns Exportwirtschaft konnte ihre Tätigkeit insbesondere in den Schwellen- und Entwicklungsländern deutlich ausbauen. Die Exporte nach China ragen mit einem Zuwachs von 61,6 Prozent deutlich heraus.

China ist somit zum drittgrößten Exportland nach den USA (+23,2 Prozent) und dem benachbarten Österreich (+7,1 Prozent) geworden. „China wird in absehbarer Zukunft Bayerns wichtigster Handelspartner werden.“

Die Exporterfolge ins Reich der Mitte zeigen exemplarisch, dass die Produktpalette bayerischer Unternehmen nicht nur optimal für die Bedürfnisse hochindustrialisierter Partner in Europa und Amerika, sondern auch für die Märkte rasant wachsender Schwellenländer maßgeschneidert ist“, erläutert Zeil. Das bewiesen auch die hohen Wachstumsraten der Ausfuhren in die Tigerländer Südasiens (+41,4 Prozent), nach Asien insgesamt (+40,9 Prozent) sowie nach Lateinamerika (+44,9 Prozent) mit Brasilien (+55,2 Prozent) an der Spitze.

Wachstumsrate

Der Löwenanteil der bayerischen Exporte geht mit einem Anteil von über 50 Prozent aber weiterhin in die Europäischen

Union. Die langsamere konjunkturelle Erholung in der EU spiegelte sich allerdings in der mit 9,8 Prozent unterdurchschnittlichen Wachstumsrate bayerischer EU-Exporte wieder. Dabei ergab sich für die wichtigsten europäischen Exportländer ein differenziertes Bild: So entfiel auf Frankreich (+5,9 Prozent) ein deutlich niedrigeres Wachstum als auf Italien (+10,4 Prozent) oder Großbritannien (+11,2 Prozent). Den höchsten Exportzuwachs, wenn auch auf niedrigem Niveau, verzeichnet die Slowakei (+34,1 Prozent). „Gleichzeitig profitieren unsere europäischen Nachbarn auch vom Aufschwung der bayerischen Wirtschaft, die deutlich mehr Importe aus der EU (+17,1 Prozent) nachfragte“, sagt Zeil.

Insgesamt beliefen sich die Ausfuhren Bayerns im Jahr 2010 auf 145,1 Milliarden Euro. Die Einfuhren erreichten einen Wert von 131,6 Milliarden Euro, was einem Anstieg von 19,7 Prozent im Vorjahresvergleich entspricht. Verteuerte Rohstoffimporte haben dabei erheblich zum Anstieg der Einfuhren beigetragen. □

Nachhaltigkeit hat viele ...

(Fortsetzung von Seite 1)

dem Misstrauen betrachtet werden und zudem eine größer werdende Minderheit am politischen Geschehen völlig desinteressiert sei, gilt es nach Röbbkes Überzeugung „in dieser Situation Wege aufzuzeigen, wie aus dem ganz selbstverständlichen demokratischen Verhalten, aus dem vielfältig vorhandenen bürgerschaftlichen Engagement, nachhaltige politische Beteiligung und Mitverantwortung wachsen kann, die über die episodische Beteiligung in einer Bürgerinitiative hinausreicht“.

Wissensnetzwerk und starke Partner

Um dieses Wissensnetzwerk in Gang zu setzen, sei bereits einiges an Aufbauarbeit geschehen. So verfüge man Röbbke zufolge mit der SDL in Plankstetten über einen kompetenten Partner für interessante Fortbildungen, die den Netzwerkpartnern angeboten werden. Neben dem Sozialwissenschaftlichen Institut für regionale Entwicklung habe man mit dem Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit auch einen staatlichen Partner an der Seite, durch den das Netzwerk nicht nur finanziell gefördert wird, sondern der auch wichtiger Mitdiskutant auf Augenhöhe ist.

Über unschätzbare Know-how verfüge schließlich der Bayerische Gemeindetag als kommunaler Spitzenverband.

Gütesiegel von Söder

Danielle Rodarius vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern verwies ihrerseits auf einen besonderen Termin: Am 12. April werden die Mitgliedskommunen der ersten Projektphase aus den Händen von Umweltminister Dr. Markus Söder das Gütesiegel Nachhaltige Bürgerkommune verliehen bekommen.

Vier Qualifizierungsformate

Rodarius nannte vier Qualifizierungsformate, die den Kommunen, die sich im Netzwerk beteiligen, die Möglichkeit geben, ihre kommunalpolitischen Vertreter, Mitarbeiter der Verwaltung sowie interessierte Bürger für die Zusammenarbeit vor Ort zu sensibilisieren. Zentraler Baustein im Qualifizierungsangebot des Netzwerks sei ein Halbjahresprogramm, das auch auf der Projekthomepage zu finden ist. Es biete Seminare zu verschiedenen Themenfeldern an, wie z. B. Nahversorgung, Recht und Ehrenamt, Moderation in der Gemeindeentwicklung. Die Teilnahme an diesen Seminaren ist in der Regel für Mitgliedskommunen beitragsfrei oder stark kostenreduziert.

Seminarliste und Fördermöglichkeiten

Zusätzlich zu diesem festen Programm steht laut Rodarius eine Liste mit buchbaren Seminarangeboten zur Verfügung, die Mitgliedskommunen bei sich vor Ort durchführen können. So besteht die Chance, mehr lokale Akteure einzubeziehen. Auch diese Angebote können finanziell gefördert werden. Falls ein Thema unter den Nägeln brennt, das sich bisher nicht im Angebot befindet, unterstützt das Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune Bayern die Kommunen auch bei der Referatensuche.

Voneinander lernen

„Voneinander lernen“ - auf dieses Motto wird im Sinne des Wissensnetzwerks besonderer Wert gelegt. Es sei, so Rodarius,

jederzeit möglich, dass Mitgliedsgemeinden Vertreter aus anderen Netzwerk-Kommunen zu sich einladen oder Exkursionen in andere Netzwerk-Gemeinden durchführen, um sich durch gute Beispiele anregen zu lassen. Die Netzwerksteuerung helfe bei der Vermittlung entsprechender Kontakte.

Nürnberger Erklärung

Zum Abschluss wandten sich die Netzwerk-Kommunen mit einer Nürnberger Erklärung, in der Eckpunkte für eine nachhaltige Politik in Bayern verabschiedet wurden, an Ministerpräsident Seehofer. Darin heißt es u. a.: „Die Kommunen brauchen in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe, denn sie können ihren Verfassungsauftrag nur dann erfüllen, wenn eigenständiges Handeln möglich ist...“

Konkret benötigen wir:
 ► Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements durch stabile Rahmenbedingungen und dauerhaft finanzierte bürgernahe Anlaufstellen,
 ► eine an den Leitzielen der nachhaltigen Bürgerkommune orientierte kommunale Leitbildentwicklung,
 ► Strukturen, die eine verantwortliche Mitsprache und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger gewährleisten,
 ► einen möglichst großen kommunalen Gestaltungsspielraum, der langfristig unsere Selbstständigkeit sicherstellt und am Prinzip der Konnexität ausgerichtet ist,
 ► eine gesicherte, transparente und nachhaltige Haushaltsführung,
 ► starke regionale Wirtschaftskreisläufe in allen Regionen Bayerns,
 ► effizientes und effektives kommunales Energiemanagement,
 ► ‚Haltefaktoren‘ wie z. B. ausreichend Bildungsangebote für Jung und Alt oder kleinräumige Nahversorgungseinrichtungen, um den demographischen Wandel vor Ort aktiv gestalten zu können,
 ► interkommunalen Austausch, um auch über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen.“

Der Staat müsse die Gemeinden als verlässlicher Partner auf dem Weg zur Bürgerkommune aktiv begleiten. Auch sei es seine Aufgabe, den ländlichen Raum gezielt und aktiv zu unterstützen.

Dazu gehören:

► Maßnahmen zum Erhalt und zur Ansiedlungen von Arbeitsplätzen in allen Regionen,
 ► Maßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Gemeinden auch im ländlichen Raum,
 ► die eindeutige Aussage des Staates, dass der ländliche Raum neben den städtischen Regionen einen eigenständigen Wert und eigene Entwicklungsmöglichkeiten besitzt - das Prinzip der gleichwertigen Lebens- und Arbeitsverhältnisse darf keine Worthülse sein,
 ► die ressortübergreifende Bündelung der Aufgaben für den ländlichen Raum,
 ► die Förderung geeigneter Rahmenbedingungen für die Stärkung sozialer Netzwerke und des bürgerschaftlichen Engagements im kommunalen Bereich.

In diesem Zusammenhang fordern die Mitgliedskommunen ausdrücklich, dem auf Initiative des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit entstandenen Netzwerk „Nachhaltige Bürgerkommune“ eine dauerhafte Zukunft zu geben.

Informationen über Ziele, Struktur und Ansprechpartner des Netzwerks gibt es unter www.nachhaltige-buergerkommune.de

Doris Kirchner

Landkreise München, Starnberg und Ebersberg:

Sparkassen-Zusammenschluss in der Metropolregion

Im Großraum München, nahezu rund um die Landeshauptstadt, gibt es eine neue Großsparkasse. Denn die Kreissparkasse München Starnberg und die Kreissparkasse Ebersberg haben sich zur Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg zusammengeschlossen. Damit beherbergt die Metropolregion mit der Stadtsparkasse München die größte und mit dem fusionierten Institut die drittgrößte Sparkasse Bayerns. Nummer 2 ist die Stadtsparkasse Nürnberg.

Der Zusammenschluss zur Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg wird aus bilanztechnischen Gründen rückwirkend zum 1. Januar 2011 vollzo-

Prozent beteiligt. Anders ausgedrückt: Am erweiterten Sparkassenverband für das neue Institut sind der Landkreis München mit 63,1 Prozent, der Landkreis Starn-

desweit erfolgreichste Wirtschaftsraum und liege auch im europäischen Vergleich unter den Spitzenreitern. Die Landkreise München und Starnberg belegten nach einer Prognos-Studie unter den 412 kreisfreien Städten und Landkreisen Deutschlands zwei der vier vordersten Ränge. Und auch Ebersberg zähle jüngsten Prognosen zufolge zu den Regionen, denen beste Entwicklungschancen bescheinigt werden. Die

die Gemeindesparkasse Gauting 0,5 Millionen Euro.

Der Starnberger Landrat Karl Roth (CSU) stellte mit Genugtuung fest, dass die Fusion der Starnberger und der Münchener Kreissparkasse vor zehn Jahren entgegen manchen Befürchtungen keinerlei Probleme beschert habe. Da die jetzigen Partner eine vergleichbare Geschäftspolitik verfolgten, seien auch jetzt keine Probleme zu erwarten, zumal die Stimmung in den Belegschaften „richtig gut“ sei.

Auf Nachfrage sagte Rumschöttel, zwar gebe es derzeit keinerlei konkrete Pläne für eine weitere Expansion, doch sei nicht auszuschließen, dass sich die eine oder andere Sparkasse irgendwann ebenfalls zu einer Fusion angeregt fühlen könnte. Der Wirtschaftsraum habe jedenfalls Platz für zwei große Sparkassen.

Gutes Verhältnis

Als im südlichen Nachbarlandkreis Bad Tölz-Wolfrathausen laut Pressemeldungen einmal diesbezüglich vorgefühlt worden war, hatte der Verwaltungsrat der dortigen Sparkasse keinerlei Veranlassung für eine Fusion gesehen. Zur Stadtsparkasse München, so Rumschöttel weiter, bestehe ein gutes Nachbarschaftsverhältnis. Hier gebe es durch die Fusion keinerlei Probleme. Die Kollegen aus München hätten vielmehr zum Erfolg des Zusammenschlusses gratuliert.

Der neue Vorstandsvorsitzende Josef Bittscheidt geht davon aus, dass die neue Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg in fünf Jahren mehr Mitarbeiter und mehr Geschäftsvolumen als jetzt haben werde. Es werde weiterhin Verwaltungssitze in München, Starnberg und Ebersberg geben. Der juristische Firmensitz aber sei München.

dhg.

Kommunen: Stark im Aufschwung

UnternehmerKonferenz des Sparkassenverbands Bayern am 26. Mai in Nürnberg

Zum dritten Mal in Folge wird die UnternehmerKonferenz 2011 am 26. Mai in Nürnberg den Kommunen mit dem Forum „Konzern Kommune“ einen eigenen Schwerpunkt widmen. Die Veranstaltung steht unter dem Motto: „Stark im Aufschwung“. Die UnternehmerKonferenz findet 2011 zum neunten Mal statt und hat sich als eine breite Informations- und Know-how-Plattform zum Knüpfen und Vertiefen von Business-Kontakten etabliert.

Regionale Einbindung und öffentliches Engagement sind ein prägendes Merkmal der Sparkassen. Stabile und verlässliche Finanzierungslösungen gehören zu ihrem Selbstverständnis, das nach der Finanz- und Wirtschaftsraum noch deutlicher in den Fokus gerückt ist.

„Die bayerischen Sparkassen sind eine wichtige Schnittstelle zwischen den Kommunen und der regionalen Wirtschaft und den Bürgern. Hierzu zählen auch kommunale Entwicklung und Projekte oder ganz allgemein Standort-Attraktivität, Felder also, auf denen die Sparkassen seit Jahrzehnten ihre Kompetenzen einbringen. Das wollen wir auf der UnternehmerKonferenz noch stärker nach außen tragen“, betont der Vizepräsident des Bayerischen Sparkassenverbandes, Prof. Rudolf Faltermeier. „Wenn wir im Dialog stehen, ist der Anfang schon gemacht. Zeichnet sich dazu noch ein Aufschwung ab, ergeben sich daraus ganz neue Perspektiven für Wirtschaft und die Kommunen.“

Neben Fachvorträgen für „klassische“ Unternehmer werden spezielle Vortragsthemen für kommunale Vertreter angeboten. „Die Zustimmung aus den Vorjahren hat gezeigt, dass wir mit diesen The-

men einen Nerv getroffen haben“, erklärt Michael Zehnter vom Sparkassenverband Bayern, Projektleiter der UnternehmerKonferenz. „Die Herausforderungen, denen sich Städte und Gemeinden gegenüber sehen, sind von unternehmerischem Handeln geprägt. Neu- und Erweiterungsinvestitionszyklen, Effizienzsteigerung... all das müssen die Kommunen stemmen.“

Stadtentwicklung, die Finanzierung von Infrastrukturprojekten oder regionaler Klimaschutz und Energie-Management sind daher einige der Themen, die sich explizit an die Gemeindevertreter richten.

Zur Veranstaltung im Messe-CongressCenter in Nürnberg werden über 1.000 Teilnehmer erwartet. Das Angebot von über 30 Vorträgen, Keynote, Impuls- und Best-Practice-Vortrag wird ergänzt durch rund 20 fachbegleitende Informationsstände. Am Abend findet die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises 2011 im Rahmen einer Festgala mit TV-Live-Aufzeichnung statt.

Infos und Anmeldung unter: www.unternehmerkonferenz.de
Kontakt: Projektbüro UnternehmerKonferenz/Bayerischer Gründerpreis: presse@unternehmerkonferenz.de



Von links: Walter Fichtel, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse München Starnberg Peter Waßmann, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Ebersberg Landrätin Johanna Rumschöttel, Verwaltungsratsvorsitzende der Kreissparkasse München Starnberg Landrat Karl Roth, stv. Verwaltungsratsvorsitzender der Kreissparkasse München Starnberg Landrat Gottlieb Fauth, Verwaltungsratsvorsitzender der Kreissparkasse Ebersberg Anton Hummer, Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse München Starnberg Josef Bittscheidt, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse München Starnberg, Andreas Frühschütz, Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Ebersberg.

gen, praktisch aber tritt die Fusion zum 1. Mai 2011 in Kraft. Zwar bringen die beiden Fusionspartner unterschiedliche Größen in den Zusammenschluss ein, doch seien die Verhandlungen, die im Herbst 2010 angedacht und seit Januar 2011 ernsthaft geführt wurden, stets harmonisch verlaufen. Denn hinter dem Zusammenschluss stehe kein wirtschaftlicher Zwang, er werde vielmehr von beiden Seiten freiwillig und ohne Not vollzogen, stellten bei der Vertragsunterzeichnung am 23. Februar die Vertreter der Eigentümer der beiden Institute fest.

Kundennähe bleibt gewahrt

Die Kreissparkasse München Starnberg, auch bisher schon die drittgrößte Sparkasse in Bayern, weist eine Bilanzsumme von 7,9 Milliarden Euro aus und beschäftigt 1500 Mitarbeiter, das Ebersberger Institut bringt eine Bilanzsumme von 1,3 Milliarden Euro und 350 Beschäftigte mit. Zusammen kommt die neue Kreissparkasse also auf eine Bilanzsumme von 9,1 Milliarden Euro und 1850 Mitarbeiter. Künftig stehen im Geschäftsgebiet mit seinen 64 Gemeinden den 670.000 Einwohnern 102 Geschäftsstellen zur Verfügung. Die Kundennähe bleibe also auf jeden Fall gewährleistet. Betreut werden 680.000 Kundenkonten. Die Kundeneinlagen betragen 7,5 Milliarden Euro und die Ausleihungen an Kunden 5,9 Milliarden Euro. Das Gesamt-Geschäftsvolumen erreicht 16 Milliarden Euro.

Unterschiedliche Anteile

An dem neuen Institut sind die Landkreise München und Starnberg sowie die Gemeinde Gauting, die ihre jeweilige Beteiligung an der Kreissparkasse München Starnberg in dem Zweckverband München-Starnberg-Gauting zusammengefasst haben, mit 87,6 Prozent und der Landkreis Ebersberg als Eigentümer der Ebersberger Sparkasse mit 12,4

berg mit 18,4 Prozent, die Gemeinde Gauting mit 6,1 Prozent und der Landkreis Ebersberg mit 12,4 Prozent beteiligt. Die Beteiligung der Gemeinde Gauting rührt daher, dass diese Gemeinde schon eine Sparkasse hatte, als es in den genannten Landkreisen noch gar keine Sparkasse gab. Die Gautinger Sparkasse wurde 1923 gegründet und später in die Landkreis-Sparkasse integriert.

Neuer Vorstand

Geführt wird das neue Institut von einem vierköpfigen Team unter dem Vorsitz von Josef Bittscheidt, der dem bisherigen Vorsitzenden der Kreissparkasse München Starnberg, Anton Hummer, planmäßig im Amt folgt. (Hummer geht aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand.) Dem neuen Vorstand gehören des weiteren Walter Fichtel, bisher schon Vorstandsvorsitzender von München Starnberg, und die beiden bisherigen Ebersberger Vorstände Peter Waßmann und Andreas Frühschütz an. Die Verwaltungsräte beider Kreissparkassen bleiben bis zu den nächsten Kommunalwahlen im Jahr 2014 gemeinsam im Amt. Nach der Wahl wird der Verwaltungsrat von 13 auf 16 Sitze vergrößert, wobei Ebersberg drei Sitze bekommen wird. Die unterschiedlichen Anteile der Landkreise spiegeln sich auch in der abwechselnden Führung des Verwaltungsrates wider. München wird den Vorsitz fünf Jahre innehaben, Starnberg drei Jahre und Ebersberg ein Jahr.

Überzeugendes Konzept

Bei der Vertragsunterzeichnung sprach die Landrätin des Landkreises München, Johanna Rumschöttel (SPD), als amtierende Verwaltungsratsvorsitzende von München Starnberg von einem überzeugenden Konzept für den Zusammenschluss, der genau zur richtigen Zeit komme. Die Metropolregion München mit ihrer hohen Dynamik sei derzeit der bun-

dynamische Entwicklung kenne keine kommunalen Grenzen und mache auch an Landkreisgrenzen nicht halt. Deshalb wollten beide Kreissparkassen künftig die Chancen gemeinsam nutzen. Das erhöhte Kernkapital von gemeinsam 550 Millionen Euro erlaube es, Wachstumspotenziale wahrzunehmen und höhere Spielräume bei der Kreditvergabe auszu-schöpfen.

Alle Beteiligten profitieren

Der Ebersberger Landrat Gottlieb Fauth (CSU) unterstrich, dass unterm Strich alle Beteiligten von der Fusion profitierten. Es würden keine Geschäftstellen aus Anlass der Fusion geschlossen, auch gebe es keine betriebsbedingten Kündigungen. Die Beschäftigungsgarantie für alle Mitarbeiter und Auszubildenden sei im Vereinigungsvertrag festgehalten. Das Ebersberger Institut erspare sich durch die Fusion Etliches an Investitionen und an Personalausbau und könne so genannte Back-Office-Aktivitäten, die zurzeit nach Nürnberg ausgelagert seien, sogar wieder zurückholen.

Stiftungsgründung

Am Engagement für Kunst, Kultur und soziale Zwecke über Stiftung, Spenden und Sponsoring werde sich nichts ändern, versprach Fauth. Aus Anlass der Fusion hat die Ebersberger Sparkasse eine Stiftung gegründet, die mit 1 Million Euro Kapital ausgestattet wird. Auch die anderen Landkreise sowie die Gemeinde Gauting werden von der Fusion profitieren, denn die drei dort bereits bestehenden Stiftungen erhalten insgesamt rund 1,9 Millionen Euro Zustiftungen auf ihr bestehendes Kapital. Insgesamt verfügt das neue Institut über ein Stiftungsvolumen von 8,1 Millionen Euro. Davon entfallen auf die Kreissparkasse München 5,1 Millionen, auf die Kreissparkasse Starnberg 1,5 Millionen, auf die Kreissparkasse Ebersberg 1,0 Millionen und auf

www.lfa.de

Auch für energiesparende Sanierungen

InfraKredit Kommunal
Wasserversorgung | Abwasserentsorgung | Verkehrsinfrastruktur | Touristische Infrastruktur | Energieeinsparung

Der InfraKredit Kommunal der LfA Förderbank Bayern – beste Konditionen für Kommunen

Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Bayern zu stärken und zu fördern, ist unser Ziel. Daher bieten wir für Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände den InfraKredit Kommunal an – in Kooperation mit der KfW Förderbank. Wir finanzieren kommunale Investitionen mit stark zinsverbilligten Krediten. Besuchen Sie uns im Internet unter www.lfa.de oder rufen Sie unsere Spezialisten an unter 089/21 24-22 62*. Gerne geben wir Ihnen detaillierte Auskünfte.

* (3,9ct/Min. aus dem deutschen Festnetz; Mobilfunkhöchstpreis 42 ct/Min.)

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Damit machbar wird, was denkbar ist.

Risikomanagement als Chance

Von Sabine Schmitt und Andreas Brand, Deutsche Bank

Die Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden ist kritisch, doch auch Kommunen mit ausgeglichenem Haushalt müssen sich auf Herausforderungen bei der Finanzierung einstellen. Ein professionelles Risikomanagement hilft dabei – und eröffnet zusätzlichen Gestaltungsspielraum.

Drastischer kann man es nicht sagen: „Viele Kommunen liegen auf der Intensivstation“, beschreibt Petra Roth, Oberbürgermeisterin von Frankfurt und Präsidentin des Deutschen Städtetags, die Lage der Städte und Gemeinden. Das Defizit der Kommunen im vergangenen Jahr ist trotz des Aufschwungs auf ein Rekordniveau von insgesamt 9,8 Milliarden Euro gestiegen. Auch in diesem Jahr wird sich die Finanzlage vieler Kommunen aufgrund hoher Sozialausgaben nicht verbessern – die Kürzung freiwilliger Leistungen und die Erhöhung von Steuern und Gebühren ist häufig die Folge. In Bayern sieht dies größtenteils anders aus – dank solider Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren.

Belastungen für die Haushaltsplanung

Die Herausforderungen sind gleichwohl auch für Kommunen mit ausgeglichenen Haushalten groß. Hohe Pensionsverpflichtungen, Umstellung auf die Doppik und vor allem Zinsrisiken belasten die Haushaltsplanungen. Wächst der Inflationsdruck, könnten die Zinsen steigen. Eine solche Entwicklung würde die Finanzplanung der öffentlichen Haushalte nachhaltig beeinflussen. Bereits

bei kleinen Zinsschritten steigen die Zinsbelastungen. Selbst Kommunen, die heute gut aufgestellt sind, tun deshalb gut daran, sich auf unterschiedliche Szenarien einzustellen. Ein aktives Risikomanagement hilft dabei, Risiken zu erkennen und entsprechend zu managen.

Bisher haben sich die Kommunen beim Schuldenmanagement in erster Linie auf das reine Liquiditätsmanagement konzentriert. Das heißt: Ausgehend vom aktuellen Finanzbedarf für eine geplante Investition wird entweder ein kurzfristiger oder ein langfristiger Kredit zu festen Konditionen abgeschlossen. Dabei werden häufig lediglich die Zinssätze verglichen. Das führt nicht zwangsläufig zu dem besten Ergebnis. Denn bei der Wahl einer Finanzierung kommt es maßgeblich auf den Zeitraum der Finanzierung an.

Fehlende Freiräume

Bislang spielt die Laufzeit in den Überlegungen meist eine untergeordnete Rolle. Die Laufzeitwahl liegt in der Regel im Ermessen der entsprechenden Finanzabteilung. Diese orientiert sich dabei entweder an Zinsprognosen oder entscheidet sich – der langjährigen Praxis folgend – für einen Festsatzkredit mit zehnjähriger Zinsbindung

und minimaler Tilgung (in der Regel 1 Prozent). Läuft der Kredit nach zehn Jahren aus der Zinsbindung, ist erst ein Bruchteil der Schuld getilgt. Anschlussfinanzierungen werden häufig nach dem gleichen Muster gewählt. Die Folge: Nach 150 Jahren stehen noch immer zehn Prozent des ursprünglichen Kreditvolumens in den Büchern. Da die finanzierten Vorhaben aber grundsätzlich eine kürzere Laufzeit als 150 Jahre haben, wachsen die Schulden an. Zudem fehlen Freiräume für notwendige Ersatzinvestitionen.

Erhebliches Einsparpotenzial

Hohe Zinsbelastungen schränken bereits heute den Spielraum der Kommunen ein. Ziehen die Zinsen an, werden die Belastungen gehoben – mit erheblichen Folgen. Steigt der Zins nur um zwei Prozentpunkte, bedeutet das für eine Investition mit einer geplanten 20-jährigen Nutzungsdauer, dass die Gesamtkosten (inklusive Finanzierungskosten über die Gesamtlaufzeit) um 20 Prozent steigen! Kommunen, die ihr Liquiditätsmanagement um ein Zinsmanagement erweitern, können ihre Belastungen reduzieren. Da Zinszahlungen inzwischen in den meisten öffentlichen Haushalten mit zu den größten Ausgabeposten zählen, steckt hier ein erhebliches Einsparpotenzial.

Nachhaltige Finanzierung

Bei einer „normalen“ Zinskurve ist der zu zahlende Zins umso höher, je länger die Zinsbindung ist. Damit ist die Möglichkeit langfristige Finanzierung der öffentlichen Hand besonders teuer. Eine Anpassung der Laufzeiten an die Nutzungsdauer führt tendenziell zu einer Verkürzung der erforderlichen Zinsbindung und damit zu einer weiteren Verringerung des Zinsaufwands. Dies bedeutet allerdings eine Abkehr von der bisherigen Finanzierungspraxis, hin zu einer nachhaltigen Finanzierung. Diese Tendenz wird

unterstützt durch die derzeit in der Diskussion befindlichen Steuerungsmodelle und hier insbesondere durch die Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik.

Reduzierung der Risiken

Mit einem aktiven Zinsmanagement lassen sich nicht nur Einsparungen realisieren, sondern auch Risiken reduzieren. Dabei steht vor allem der Einsatz von Finanzderivaten immer wieder im Brennpunkt der Diskussion. Der Nutzen der Finanzderivate ist genauso unumstritten wie die damit verbundenen Risiken. Bei der richtigen Anwendung ergeben sich jedoch erhebliche Vorteile.

Mögliche Umwandlungen

Zinsderivate erlauben ein Zinsmanagement, das vom Liquiditätsmanagement weitgehend unabhängig ist. So lassen sich zum Beispiel langfristige Zinsbindungen in kurzfristige Zinsbindungen umwandeln, um von niedrigeren kurzfristigen Zinsen oder von generell fallenden Zinsen am Kapitalmarkt zu profitieren. Umgekehrt lassen sich auch kurzfristige Zinsen in langfristige Zinsen umwandeln, um bereits heute den Zins für eine Anschlussfinanzierung zu sichern.

Konsequente Steuerung

Genauso lässt sich mit Hilfe derivativer Finanzinstrumente das heute günstige Zinsniveau für künftige, bereits genehmigte Kreditaufnahmen sichern. Da Zinsderivate die Trennung von Zins- und Liquiditätsmanagement erlauben, besteht zwar die Gefahr, dass sich das Zinsmanagement verselbstständigt und sich unabhängig vom Finanzierungsbedarf entwickelt. Durch eine konsequente Risikosteuerung, wie sie in Banken und Industrieunternehmen längst üblich ist, lassen sich solche Risiken jedoch gut beherrschen.

Absicherung

Verschiedene Banken bieten dem öffentlichen Sektor eine breite Palette von Produkten, Beratungs- und Servicedienstleistungen auf dem Gebiet des Risikomanagements an. Hierdurch können sich Kommunen gegen Marktschwankungen absichern. Es liegt an der öffentlichen Hand, diese Möglichkeiten auch zu nutzen.



Andreas Brandt und Sabine Schmitt verantworten bei der Deutschen Bank, Region Bayern Süd, das Geschäft mit dem Öffentlichen Sektor und Institutionen.

BayernLB und Mittelstandsgeschäft:

Wachstumskurs soll fortgesetzt werden

Die BayernLB will ihren Wachstumskurs im Mittelstandsgeschäft auch im Jahr 2011 fortsetzen und das ausgereichte Kreditvolumen erneut ausweiten. „Wir werden den wirtschaftlichen Aufschwung in Bayern und Deutschland durch die Bereitstellung von Krediten und Bankdienstleistungen begleiten“, sagte Firmenkunden-Vorstand Jan-Christian Dreesen bei der Jahresauftaktveranstaltung der BayernLB-Niederlassung Nürnberg.

„Die Bank hat sich ehrgeizige Ziele gesteckt und will das Mittelstandssegment als tragende Säule ihres Geschäftsmodells weiter ausbauen.“

Im vergangenen Jahr konnte

verbindungen und die Gewinnung einer signifikanten Zahl von Neukunden erreichen. Allein 2011 sollen die Kundenanzahl, das ausgereichte Kreditvolumen und der Ertrag um je-



V. l.: Jan-Christian Dreesen, Firmenkunden-Vorstand der BayernLB, Martin Meesmann, Leiter der BayernLB-Niederlassung in Nürnberg, Georg Fahrenschoen, Bayerischer Finanzminister.

die BayernLB mit ihrer auf Wachstum ausgerichteten Mittelstandsstrategie merkliche Erfolge erzielen. Den vorläufigen Geschäftszahlen zufolge erwirtschaftete die Bank 2010 im Geschäft mit mittelständischen Unternehmen ein deutlich über Plan liegendes positives Ergebnis. Sie konnte rund 100 neue Firmenkunden gewinnen und das Volumen der ausgereichten Kredite um mehr als 12 Prozent steigern.

Finanzierungsexpertise aus einer Hand

Als integrierte Corporate-Finance-Bank bietet die BayernLB mittelständischen Unternehmen eine breite Finanzierungsexpertise aus einer Hand. Diese umfasst neben dem klassischen Kredit unter anderem die Bereitstellung von Mezzanine- oder Eigenkapital, eine umfassende Fördermittelberatung, die Begleitung und Abwicklung von internationalen Geschäften, die Absicherung von Preis-, Zins- und Wechselkursrisiken sowie diverse Corporate-Finance-Dienstleistungen.

Aktivitäten ausgebaut

Die BayernLB hatte ihre mittelständischen Aktivitäten im Jahr 2009 in einem Geschäftsfeld gebündelt und baut diese seitdem zielgerichtet aus. In den kommenden Jahren will die Bank das Wachstum im Mittelstandsgeschäft durch die Intensivierung bestehender Kunden-

Schlüsselrolle

Die Niederlassung Nürnberg spielt eine Schlüsselrolle in der Mittelstandsstrategie der BayernLB. Von dort aus arbeiten die Kundenbetreuer seit mehreren Jahrzehnten mit den Unternehmen in Nordbayern zusammen. Rund ein Drittel des mittelständischen Kundenstamms der Bank ist in dieser Region angesiedelt.

Personelle Verstärkung

Um den Marktanteil auszubauen, wurde die Niederlassung – ebenso wie der gesamte Mittelstandsbereich der BayernLB – im vergangenen Jahr personell verstärkt. Mittlerweile sind dort 20 Kundenbetreuer präsent. Außerdem sind in Nürnberg 60 Mitarbeiter der Abteilung Internationales Geschäft angesiedelt, die Auslands-Aktivitäten für alle mittelständischen Kunden der Bank begleiten. In diesem Segment konnten im Jahr 2010 Volumensteigerungen von über 40 Prozent erzielt werden.

Sparkassen in Bayern:

Übernahme von Deka-Anteilen wird begrüßt

Die Verbandsversammlung des Sparkassenverbandes Bayern hat einstimmig die geplante Übernahme der Anteile der Landesbanken an der DekaBank durch die Sparkassen als „strategisch richtige und wichtige“ Entscheidung begrüßt und den vorgeschlagenen Verfahrensweg ebenfalls einstimmig unterstützt. Dieser sieht vor, dass nun über die Teilnahme an dem Erwerb von Anteilen an der DekaBank jede einzelne bayerische Sparkasse freiwillig entscheidet. Dabei sollen die Gesamtinteressen der Sparkassen-Finanzgruppe berücksichtigt werden.

TV BAYERN
LIVE

Karneval, Rio de Janeiro?



Faschingszug, Nürnberg!

* Neu gesehen:

Ganz Bayern in einer Stunde – sonntags um 17.45 Uhr auf RTL.

Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken ziehen Bilanz:

Mehr Kredite für den Mittelstand

Optimismus für das laufende Jahr / Steigende Zinsen zu erwarten

Die 300 bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken blicken auf ein sehr erfolgreiches Jahr 2010 zurück, das besser ausgefallen ist, als allgemein erwartet, und bekunden zugleich für das laufende Jahr verhaltenen Optimismus. Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern, nutzte die Bilanzpressekonzferenz zu wirtschafts- und bankpolitischen Anmerkungen von genereller Bedeutung für die Genossenschaftsbanken, die Branche allgemein und zum Teil auch für die Volkswirtschaft insgesamt. Dies stets vor dem Hintergrund, dass sich die Volks- und Raiffeisenbanken „als verlässlicher Partner des Mittelstandes“ verstehen, der in Bayern gut durch die Wirtschaftskrise gekommen sei. In absehbarer Zeit sei mit einem Anziehen des Zinsniveaus zu rechnen.

Für die Bankenwelt hierzulande gebe es momentan eine Vielzahl an Reformen und Neuregelungen, angefangen bei den Eigenkapitalregelungen bis hin zur Bankenabgabe, die alle mit einem zusätzlichen Kostendruck verbunden seien. Dieser Kostendruck aber werde womöglich strukturelle Auswirkungen auf den Bankenmarkt haben, weil Bürokratiekosten kleine Banken und damit gerade jene regionalen Mittelstandsbanken überproportional trafen, die in den zurückliegenden Krisen Jahren für Stabilität und die Finanzierung mittelständischer Unternehmen gesorgt hätten. Wer diese Banken aber gefährde, betreibe „die schleichen Veränderung unserer Wirtschaftsordnung“, denn ohne diese Banken werde es über kurz oder lang auch keine mittelständischen Wirtschaftsunternehmen mehr geben. Deshalb müsse bei den geplanten Neuregelungen wie Eigenkapitalregelung und Bankenabgabe das Verursacherprinzip besonders beachtet werden. Es müsse darauf ankommen, von welchen Banken eigentlich Risiken ausgingen, die das gesamte System destabilisierten.

Eine weitere Strukturgefährdung sehen die Genossenschaftsbanken in der von der EU-Kommission geplanten Vereinheitlichung der nationalen Einlagensicherungssysteme. Die Begrenzung auf 100.000 Euro gefährde die Bankenlandschaft in Deutschland massiv. Allerdings rühre sich in Europa

Widerstand dagegen, was die Chancen erhöhe, dass das Schlimmste vermieden werden könne.

Keine staatliche Hilfe

Institutssicherungen wie der Sicherungsfonds der Genossenschaftsbanken, „der auch der härtesten Bewährungsprobe standgehalten hat“, sorgten für Finanzstabilität. So habe die genossenschaftliche Bankengruppe die Finanzkrise ohne staatliche Hilfe überstanden. Zu begrüßen sei der Vorschlag aus der Mitte des EU-Parlaments, dass Institutsicherungssysteme als gleichwertig zu gesetzlichen Einlagensicherungssystemen anerkannt bleiben, was einen Rundumschutz für die Kunden der Kreditgenossenschaften bedeute.

Reform-Baustellen

Als wichtigste Reform-Baustellen nannte Götzl die neuen Baseler Eigenkapitalvorschriften (Basel III). „Für uns ist vor allem wichtig, dass genossenschaftliches Eigenkapital wie bisher angerechnet wird.“ Das betreffe zum einen die Genossenschaftsanteile von Mitgliedern, die auch künftig als Kernkapital anerkannt bleiben müssten, und zum anderen die weitere Anerkennung des Haftsummenzuschlag, also die theoretische Nachschusspflicht auf Geschäftsanteile, der bislang als Eigenkapital gewertet wird. Die Genossenschaftsbanken „als

stabile Säule im deutschen Bankensystem“ dürften nicht durch ein undifferenziertes Übernehmen internationaler Vorgaben geschwächt werden. Gebe es keine Vielzahl mittelständischer Regionalbanken als stabiles Fundament für das Finanzsystem mehr, drohten ein Oligopol von systemrelevanten Großbanken und damit ein Nährboden für die nächste Krise. Deshalb auch müssten säulenübergreifend kleine und mittlere Banken, die kein Risiko für die Finanzstabilität darstellten, von der Bankenabgabe befreit werden. Wie das gehe, habe Österreich gerade vorgemacht.

Gesteigerte Bilanzsumme

Im Berichtsjahr 2010 haben Bayerns Genossenschaftsbanken ihre addierte Bilanzsumme um 3,4 Prozent auf 123,6 Milliarden Euro steigern können. Das bilanzielle Kreditvolumen nahm um 5,4 Prozent auf 68 Milliarden Euro zu. Dies war das höchste Wachstum seit 15 Jahren. Es resultiert gleichermaßen aus dem Privatkunden- und dem Firmenkundenbereich. Als Kreditgeber an Firmen und Privatkunden erreichten Bayerns Volks- und Raiffeisenbanken einen Marktanteil von 19 Prozent. Die Kundeneinlagen stiegen um 5,3 Prozent auf 93,7 Milliarden Euro. Dabei gab es sowohl bei Neuanlagen als auch bei Umschichtungen zwei klare Trends: Weg von langfristigen Anlagen hin zu kurzfristigen und weg von risikoreichen hin zu sehr sicheren Anlagen. Götzl: „Die Kunden haben eindeutig ein konservatives Anlageverhalten gezeigt. Sie sorgen sich teilweise um die Nachhaltigkeit des Aufschwungs. Auch treibt sie eine diffuse Inflationsangst um.“

Bester Wert seit 15 Jahren

Beim Gesamtergebnis wurde mit 1,22 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS) – das sind fast 1,5 Milliarden Euro oder beinahe 240 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr – der beste Wert seit 15 Jahren erzielt. Die Zinsspanne legte auf 2,53 (Vorjahr: 2,42) Prozent der DBS zu. Götzl legte großen Wert auf die Feststellung, dass die Gewinne nicht aus einer übermäßigen Risikoübernahme resultieren, sondern aus Verbesserungen im operativen Geschäft, u.a. durch Kostensenkungen. Die Provisionspanne verhartete wegen der Versicherung der Anleger unverändert auf 0,66 Prozent der DBS. Das Bewertungsergebnis zeigte mit -0,02 Prozent den seit langem besten Wert. Insgesamt stieg das bereinigte Ergebnis vor Steuern um 19 Prozent auf 1,49 (1,25) Milliarden Euro oder 1,22 (1,07) Prozent der DBS.

Bayerns Genossenschaftsbanken werden ihr gutes Ergebnis nutzen und ihr ohnehin stattliches Eigenkapitalpolster weiter ausbauen. Mit 10 Prozent Kernkapital und 16 Prozent Eigenmittelquote erfülle die Gruppe bereits heute die Vorgaben von Basel III, die endgültig erst ab 2019 gelten.

Die Fokussierung auf kurzfristige Anlagen bedeutet nach Götzls Ansicht volkswirtschaftlich, dass eine Verknappung von längerfristigem Kapital droht. Um das Vertrauen der Sparer in die Nachhaltigkeit des Auf-

schwungs und die Stabilität der Preise wieder zu festigen, sei es politisch geboten, zuvorderst die Staatsfinanzen zu konsolidieren. Für die Banken werde nicht ein Anstieg des Zinsniveaus, sondern deren dauerhaft niedriges Niveau gefährlich. Zinsen nahe null drückten nämlich mit der Zeit extrem auf die Margen. Außerdem drohe eine konjunkturelle Überhitzung, wenn die Zinsen noch lang so niedrig blieben, sagte Götzl. Die Genossenschaftsbanken rechnen nicht mit einem einmaligen, großen Zinsschritt, sondern mit zwei bis drei kleinen Schritten.

Gute Geschäftslage

Nach der aktuellen Konjunkturmfrage unter den bayerischen Kreditgenossenschaften schätzen 61 Prozent der Banken ihre momentane Geschäftslage als gut ein. Dagegen gingen die Geschäftserwartungen der Mitgliedsbanken für die kommenden sechs Monate leicht zurück, „vermutlich, weil das aktuell hohe Niveau der Geschäftslage ja kaum noch gesteigert werden kann.“ Hinzu komme, dass die Eurokrise noch keineswegs ausgestanden sei. In der Gesamtschau aber sei die Geschäftslage bei Bayerns Genossenschaftsbanken nach wie vor sehr gut. Die Bayern honorierten die gute Situation dadurch, dass 28 000 neue Mitglieder Geschäftsanteile zeichnen. Insgesamt haben Bayerns Kreditgenossenschaften nunmehr 2,416 Millionen Mitglieder. Damit sie sich noch besser als bisher in Finanzdingen auskennen, wird dieses Jahr ein Onlineportal gestartet, das dem Kunden helfen soll, Produkte zu verstehen und ihre Relevanz für seine Lebensplanung zu bewerten. **dhg.**

Bayerische Volksbanken und Raiffeisenbanken:

2010 über 14 Mio. Euro gespendet

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken haben 2010 deutlich über 14 Millionen Euro für wohltätige Zwecke gespendet. Davon stammen 11 Millionen Euro aus den Erträgen des Gewinnsparens, die um 4,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zugenommen haben.

„Dass die bayerischen Genossenschaftsbanken über ihr soziales Wirken hinaus einen solch stattlichen Betrag in die Hand nehmen können, ist auch all jenen zu verdanken, die Lose des VR Gewinnsparens Bayern besitzen“, sagt Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbandes Bayern.

Mit ihren Spenden unterstützen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken soziale, karitative und gemeinnützige Aktivitäten in den Regionen. Empfänger sind Vereine, Förderprojekte für Kinder und Jugendliche, lokale Initiativen und kulturelle Einrichtungen. „Dieses Engagement zeigt einmal mehr: Trotz schwieriger werdenden regulatorischen Rahmenbedingungen und den damit einhergehenden Kostenbelastungen nehmen wir unsere gesellschaftliche Verpflichtung sehr ernst“, so der Verbandspräsident. □

BayernLB auf der MIPIM 2011

Die BayernLB präsentierte sich zusammen mit der Stadt München vom 8. bis 11. März 2011 auf der internationalen Immobilienmesse MIPIM im Palais des Festivals (Halle Espace Riviera, Stand R33.08) in Cannes, Frankreich.

„Die Immobilienmärkte haben sich verglichen mit den Jahren 2008 und 2009 merklich verbessert, das Vertrauen in die etablierten Märkte ist gestiegen und das Transaktionsvolumen konnte deutlich gesteigert werden. Die BayernLB wird im Jahr 2011 ihr Immobilienengeschäft daher verstärkt in den Kernmärkten Deutschland und selektiv Westeuropa fortsetzen. Ziel ist es weiterhin, neben der Optimierung des Bestandsportfolios das Neugeschäftsvolumen zu steigern“, so Dr. Edgar Zoller, für den Immobilienbereich zuständiges Mitglied des Vorstandes.

Im Fokus des BayernLB-Immobiliengeschäftes stehen langfristig gewerbliche Immobilienfinan-

zierungen und –dienstleistungen. Dabei liegen die regionalen Schwerpunkte auf dem Heimatmarkt Deutschland, ausgewählten europäischen Standorten sowie auf der Begleitung deutscher Kunden ins außereuropäische Ausland.

Zusammen mit den Standpartnern der Stadt München bot die BayernLB auf der MIPIM eine Kommunikationsplattform für offene und interessante Dialoge. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion diskutierte Georg Jewgrafow, Bereichsleiter Immobilien der BayernLB, zusammen mit weiteren Vertretern der Münchner Immobilienbranche das Thema „Münchner Wohnungsmarkt – Chancen und Herausforderungen“. □

Bayerischer Städtetag zur Steuerstatistik:

Ausgaben laufen den Kommunen davon

Nach den vom Landesamt für Statistik vorgelegten Zahlen sind die Steuereinnahmen der bayerischen Städte und Gemeinden im Jahr 2010 um insgesamt 1,7 % auf 12,19 Milliarden Euro gestiegen. Dabei sank der Kommunalanteil an der Einkommensteuer um 3,6 % auf 4,94 Milliarden Euro. Die Gewerbesteuer stieg (netto) um 6,9 % auf 5,03 Milliarden Euro.

Die im Laufe des letzten Jahres eingetretene konjunkturelle Erholung ist damit nur sehr moderat bei den Kommunen angekommen. Wegen der weiter steigenden Ausgaben, insbesondere im sozialen Bereich, wird für das Jahr 2010 mit einem deutlich negativen Finanzierungssaldo zwischen Einnahmen und Ausgaben gerechnet. Die Ausgabenstatistik für 2010 liegt noch nicht vor. Nach den ersten drei Quartalen 2010 betrug das Defizit 652 Millionen Euro.

Gewerbesteuer erhalten

Der Geschäftsführer des Bayerischen Städtetags, Reiner Knäusl, sagte dazu: „Die Statistik belegt, dass die Kommunen auch in Bayern strukturell unterfinanziert sind. Die Ausgaben wachsen stärker als die Einnahmen, das kann nicht gut gehen. Bund und Land müssen daher dafür sorgen, dass die kommunalen

Steuereinnahmen stabilisiert werden. Dazu muss die Gewerbesteuer erhalten bleiben.“

Insbesondere müssen die Ausgaben der Kommunen gesenkt werden. Dazu sind die den Kommunen vorgegebenen Standards zu überprüfen, beispielsweise im sozialen Bereich oder beim Brandschutz. Die kommunalen Spitzenverbände haben dazu Vorschläge gemacht, die jetzt endlich zügig umgesetzt werden müssen. Außerdem müssen sich Bund und Land an den notwendigen Sozialausgaben dauerhaft und verlässlich beteiligen.

Die jetzt vom Bund im Rahmen des Hartz IV-Kompromisses angebotene schrittweise Übernahme der Grundsicherungskosten im Alter ist Knäusl zufolge ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Weitere müssen folgen, vorrangig bei den Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose und bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. □



Gute Aussichten für Ihr neues Bürogebäude.

www.muenchenerhyp.de

- ⊗ Innovative Produkte
- ⊗ Individuelle Beratung
- ⊗ Schnelle Entscheidungen



Münchener Hypothekenbank eG

Die Krone der Immobilienfinanzierung



Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken

Baurunde Oberbayern / Schwaben 2010:

Kommunaler Straßenbau und Leitungsinfrastruktur

Der Baubedarf der Kommunen in Bayern wächst weiter an. Gleichzeitig sind geringere finanzielle Handlungsspielräume zu erwarten. Dies trifft den kommunalen Tiefbau weit stärker als den Hochbau. Die Ausschreibungstätigkeit der Kommunen geht seit geraumer Zeit aus Sicht der Unternehmen alarmierend zurück. Die staatlichen Konjunkturprogramme erreichen diesen Bereich der essentiellen Daseinsvorsorge nicht. Die klassische staatliche Förderung bleibt aus. Dies bringt für Kommunen und ihre Dienstleister – allen voran die Bauindustrie – neue Herausforderungen.

Der Bayerische Bauindustrieverband e.V. und der Rohrleitungsbauverband e.V., Landesgruppe Bayern, luden zur gemeinsamen Baurunde Oberbayern / Schwaben ins Kloster Irsee, um die Missstände mit betroffenen Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu diskutieren. Die Baurunde Ostbayern in Regensburg sowie die Baurunde Franken im Kloster Banz komplettierten die Informationsreihe im Jahr 2010.

Teil der Zukunft

Norbert Peine, Vorsitzender des Bezirksverbandes Oberbayern des Bayerischen Bauindustrieverbandes, forderte in seinem Irseer Einführungstatement, endlich eine Mindestinvestitionsquote von 15 Prozent in allen öffentlichen Haushalten festzuschreiben, „damit wir nicht weiter am falschen Fleck sparen und auf Kosten der Zukunft von den realen Werten zehren“. Peine sowie Roland Filippi, Vorsitzender des Bezirksverbandes Schwaben, waren sich darin einig, „dass Infrastrukturinvestitionen nicht separat betrachtet werden dürfen“. Sie seien „ein wichtiger Teil des Gesamten, Teil unserer Zukunft“. Hierfür müsse verantwortungsvoll gehandelt werden.

Bauzinsen ziehen wieder deutlich an

Bereits ein Zinsunterschied von einem Prozentpunkt kann eine Baufinanzierung um mehrere tausend Euro verteuern. Wer bereits konkrete Pläne für den Erwerb des Eigenheims hat, profitiert momentan von dem nach wie vor niedrigen Zinsniveau. Doch auch künftige Bauherren und Immobilienkäufer können sich die günstigen Konditionen mit einem Bausparvertrag sichern.

Im Herbst 2010 erreichte der Effektivzins für Baudarlehen mit einer Laufzeit von zehn Jahren nach Angaben der Deutschen Bundesbank ein historisches Rekordtief von durchschnittlich 3,59 Prozent. Seitdem sind die Zinsen für eine Immobilienfinanzierung langsam gestiegen – aktuell liegen sie mit rund 4,1 Prozent wieder 0,5 Prozentpunkte höher. Experten erwarten, dass die Zinsen im laufenden Jahr weiter klettern.

Beispiel

Ein Anstieg der Zinsen um ein oder zwei Prozentpunkte verteuert ein Wohnbaudarlehen gleich um viele tausend Euro. Das zeigt ein Beispiel: Ein Bauherr, der einen Kredit über 100.000 Euro mit 3,5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Tilgung aufnimmt, muss dafür über eine Laufzeit von zehn Jahren eine gleichbleibende monatliche Rate von 375 Euro zahlen. In Summe fallen Zinsen von etwas mehr als 33.000 Euro an. Steigt der Zinssatz auf 5 Prozent, muss er mit 500 Euro für das gleiche Darlehen jeden Monat 125 Euro mehr aufbringen. Insgesamt zahlt er über 47.000 Euro Zinsen – das sind rund 14.000 Euro Mehrkosten. Gleichzeitig ist die Restschuld nach zehn Jahren im zweiten Fall etwas kleiner. „Das vergleichsweise niedrige Zinsniveau sollten Darlehensnehmer nutzen, um eine höhere Tilgungsrate zu

Stefan Bosse, Oberbürgermeister der Stadt Kaufbeuren und Vorsitzender des Bayerischen Städtetages im Bezirk Schwaben, verwies auf die Finanzmisere der Kommunen: „Obwohl es

Raum-Module · Raum-Container · Hallensysteme
www.renz-container.eu

Kaufbeuren noch vergleichsweise gut geht, könnte ich ohne Weiteres 40 Mio. Euro verbauen, ohne dabei Unfug zu machen.“ Neben der sich professionalisierenden Widerstandskultur und der „Freude am Verhindern“, erschwert seiner Ansicht nach auch oft die lange Projektlaufzeit die Arbeit der Kommunen. „Wir haben jetzt einen Kreisverkehr gebaut, den wir vor zwölf Jahren angefangen haben zu planen. Über so eine lange Zeit hinweg kann man einfach nicht vorausplanen und es ist auch klar, dass sich hier die Kosten verändern. Trotzdem darf man nicht auf der Bremse stehen, sondern muss sich den Konflikten aussetzen. Das ist für mich verantwortungsvolle Politik!“, hob Bosse hervor.

Josef Steigenberger, 1. Bürgermeister der Gemeinde Bernried und stellvertretender Vorsitzen-

der des Bezirksverbandes Oberbayern des Bayerischen Gemeindetages, beklagte den Umstand, dass die Mittel für die Städtebauförderung – „eine der wichtigsten Finanzquellen für uns“ – zunehmend reduziert würden. Dabei habe man es hier mit einer enormen Hebelwirkung zu tun, erklärte Steigenberger: „Ein Euro Städtebauförderung führt zu sieben Euro an weiteren Investitionen!“ So fehle es gerade den kleinen Kommunen massiv an Geld.

Ministerialrat Michael Haug

vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, der sein Augenmerk auf das Thema Leitungsinfrastruktur legte, verwies darauf, dass bei der Wasserversorgung Erster-schließungsmaßnahmen in nur mehr geringem Umfang durchgeführt würden. Der kommunale Investitionsbedarf liege hier bei rund 90 Mio. Euro.

Besondere Problematik

Insgesamt gibt es Haug zufolge rund 115.000 Kilometer Rohrleitungen in Bayern. Die besondere Problematik bei der hohen Anzahl kleiner und kleinster Wasserversorgungsunternehmen sei eine häufig mangelnde Fachkunde, eine nicht ausreichende Organisationsqualität, teilweise nicht kostendeckende Wasserpreise sowie örtlich marode Anlagen (hohe Schadensraten, mangelnde Netzernerneuerung). Ob dieser Tatsachen sei von einer jährlichen Summe von rund 300 Mio. Euro für Erneuerung und Sanierung auszugehen.

Bei der Abwasserentsorgung belaufe sich der Investitionsbedarf der Kommunen auf rund 900 Mio. Euro, für Kleinkläranlagen Privater rund 300 Mio. Euro, fuhr Haug fort. Laut einer Studie des Bayerischen Landesamts für Umwelt zum Zustand der Kanalisation in Bayern gibt es insgesamt rund 90.000 Kilometer Kanäle, davon sind rund 88 Prozent Schmutz- und Mischwasserkanäle und rund 12 Prozent öffentliche Hausanschlussleitungen. Etwa 15,7 Prozent der Schmutz- und Mischwasserkanäle wiesen einen kurz- bis mittelfristigen (5 bis 6 Jahre) Sanierungsbedarf auf. Wie der Ministerialrat darlegte, betragen die kurz bis mittelfristigen Sanierungskosten mindestens 3,6 Mrd. Euro und 4 bis 5 Mrd. Euro einschließlich Schachtbauwerken und öffentlichen Hausanschlussleitungen ohne Nachrüstung von Kläranlagen.

Drei Bausteine

Als künftige Herausforderungen nannte Haug weiter steigende rechtliche, technische und organisatorische Anforderungen sowie das Voranbringen der organisatorischen „Modernisierung“. Folgende drei Bausteine seien hierbei wichtig: Benchmarking (Kennzahlenvergleiche und Prozess-Benchmarking), interkommunale Zusammenarbeit sowie die Beteiligung Privater – ggf. auch bei der Betriebsführung.

Als „marode Lebensadern der Gesellschaft“ bezeichnete Dipl.-Ing. Ewald Weber, Vorsitzender der Fachabteilung Leitungsbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes das Kanalsystem zur

Wasserver- und Abwasserentsorgung in Bayern: „Das Kanalnetz liegt unter der Erde und wird deshalb auch nicht in seiner tatsächlichen Bedeutung wahrgenommen. Darum gibt es hier keine Lobby.“ „Bei weitem nicht getätigt“ würden nötige Investitionen, um den Wertbestand und damit die Sicherheit für die Wasserver- und Abwasserentsorgung zu erhalten. „Es ist unverzichtbar, dass die Gesellschaft endlich auch den hohen Wert des Lebensmittels Wasser erkennt. Wenn heute ein Liter Trinkwasser aus der Leitung nur ein Tausendstel dessen kostet, was ein Liter Trinkwasser in der Flasche kostet, dann setzt das falsche Zeichen. Da muss man sich schon die Frage stellen, warum die Wasserrechnung nur einen Bruchteil der Telefonrechnung ausmacht, aber gleichzeitig die Brunnen- und Wasserleitungen kaputt gespart werden“, monierte Weber.

Bedenklicher Zustand

Vor einem ähnlichen Dilemma stehe die kommunale Straßeninfrastruktur, machte Dipl.-Ing. Hubert Blaim, Vorsitzender der Fachabteilung Straßenbau des Bayerischen Bauindustrieverbandes deutlich: „Der Zustand der Fahrbahnen ist vielerorts bedenklich, doch gehandelt wird kaum. Und das, obwohl bekannt ist, dass das in der Zukunft zu weit höheren Folgekosten führen wird.“ Gleichzeitig stünden viele Straßenbaufirmen vor schwerwiegenden Problemen: „Es gibt fast keine Neuausschreibungen mehr, der Markt ist um ca. 18,5 Prozent eingebrochen.“ Dieses Auftragsdefizit lasse sich auch durch saisonbedingte Kurzarbeit nicht mehr auffangen und so stünden Kündigungen von hunderten hochqualifizierter Straßenbauer bevor.

Von der Projektidee bis zur Baufertigstellung ist es bei größeren Einzelprojekten häufig ein längerer Weg. Nach den Worten von Hermann Götzfried von der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium brauchen die Kommunen auf diesem Weg möglichst hohe Sicherheit über die am Ende zu erwartende staatliche Unterstützung. Eine langfristig verlässliche Finanz-ausstattung sei dafür notwendig.

Herausforderungen

In diesem Sinn stehe man heute vor verschiedenen Herausforderungen, so Götzfried. Im Bereich des FAG sei die bisherige Finanzquelle, die Kfz-Steuer, auf den Bund übergegangen. Der Bund leiste dafür Ausgleichszahlungen an die Länder etwa in der Höhe des Kfz-Steueraufkommens im Jahr 2008. Damit stehe zwar ein gleich bleibendes Volumen zur Verfügung; der Kfz-Steuerverband sei jedoch zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden neu zu ordnen.

Im Bereich des Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes seien die Finanztransfers des Bundes an die Länder bis 2013 der Höhe und dem Zweck nach gesichert. Die Höhe der Finanztransfers bis längstens 2019 sei von Bund und Ländern gemeinsam zu prüfen. Diese Regelung sei Ergebnis der Föderalismusreform 1, bei der Mischfinanzierungen von Bund und Ländern abgeschafft wurden und die Verantwortung auf die Länder übergegangen ist. Maßstab der Prüfung sei die Erforderlichkeit der Finanztransfers. Die Unsicherheit über die Weiterführung habe dazu geführt, bereits heute den Umfang neuer Förderzusagen zu begrenzen und die Fördersätze abzusenken. Dennoch bleibe die Fördernachfrage auf sehr hohem Niveau, Fördermittel müssten deshalb auf Regierungsebene kontingentiert werden. **DK**



Von links: Dipl.-Ing. Roland Filippi, Bürgermeister Josef Steigenberger, Ministerialrat Michael Haug, Bürgermeister Stefan Bosse, Baudirektor Hermann Götzfried, Dipl.-Ing. Hubert Blaim, Dipl.-Ing. Ewald Weber.

Deutscher Städtetag:

Städtebauförderung forcieren!

Der Deutsche Städtetag hat den Bund aufgerufen, die Mittel für die Städtebauförderung im Jahr 2012 nach den Kürzungen im Bundeshaushalt 2011 mindestens wieder auf das Niveau des Jahres 2010 – also auf insgesamt 610 Millionen Euro – zu erhöhen.

Wie der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss erläuterte, habe die Städtebauförderung eine enorme Bedeutung für die Bewältigung des demografischen Wandels, für den dringend erforderlichen energetischen Stadtbau und für die Sicherung der sozialen Stabilität in den Städten. „Sie sollte deshalb gestärkt und nicht gekürzt werden.“ Die Städtebauförderung wieder zu erhöhen, sei auch volkswirtschaftlich sinnvoll, da jeder eingesetzte Euro aus öffentlichen Mitteln ein Vielfaches an privaten Investitionen auslöse.

Ude zufolge ist es gerade angesichts der anhaltenden Diskussion über Wege zu einer gelungenen Integration von Migranten oder über eine wachsende soziale Kluft in der Gesellschaft dringend geboten, erfolgreiche Initiativen wie das Programm „Soziale Stadt“ auch künftig mit den erforderlichen Mitteln auszustatten. Die Bundesmittel für dieses Programm waren zum Jahr 2011 von 95 auf 28 Millionen Euro reduziert worden.

Neben einer Aufstockung der Mittel für die Städtebauförderung von derzeit 455 Millionen Euro

mindestens auf das Niveau des Jahres 2010 bezeichnete der Münchner OB es als unverzichtbar, dass die Städtebauförderung im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ sowohl für baulich-investitive als auch für investitionsbegleitende Maßnahmen verwendet werden darf. Die Möglichkeit, Bauinvestitionen und soziale Projekte miteinander zu verknüpfen und so eine integrierte Stadtentwicklung voranzutreiben, ist seit dem Jahr 2011 nicht mehr gegeben.

Erfolgsrezept

Wie Ude bemerkte, liege gerade in der Bündelung von Sachinvestitionen und sozialen Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Integration oder lokale Arbeitsmarktpolitik „das große Erfolgsrezept des Programms Soziale Stadt“. Dies habe auch der Wettbewerb „Soziale Stadt 2010“ deutlich gemacht, für den 178 Projekte aus dem gesamten Bundesgebiet eingereicht worden seien. Ude begrüßte das von den Trägern des Wettbewerbs „Soziale Stadt“ gegründete „Bündnis für eine Soziale Stadt“, in dem sich zahlreiche Verbände und Institutionen für eine Stärkung der Städtebauförderung einsetzen. **DK**

Bayerischer Industrieverband Steine und Erden:

Aufruf zum Dialog

(ibw) - Der Präsident des Bayerischen Industrieverbandes Steine und Erden, Wolfgang Liebscher, hat auf dem traditionellen Vortragsabend des Verbandes in München Bundes- und Landespolitiker zum Dialog mit der Wirtschaft aufgerufen. Man könne sich viel Zeit und Ärger sparen, wenn die Wirtschaft von der Politik, aber auch von Ministerien und Behörden bereits im Vorfeld an der Gestaltung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beteiligt würde. „Eine Diktatur des Staates lehne ich ebenso ab wie die 15 im Bayerischen Industrieverband Steine und Erden zusammengeschlossenen Fachbereiche“, sagte Liebscher.

Damit der Bau auch künftig seinen Anteil am Bruttoinlandsprodukt erbringen und Arbeitsplätze schaffen könne, müssten die Rahmenbedingungen für das Bauen auf, über und unter der Erde verbessert werden. Dazu gehöre das Ziel, altersgerechte, barrierefreie sowie energetisch hochwertige Gebäude zu errichten. Entsprechend müssten bisherige Gebäude durch Neubauten ersetzt und stärker in den Straßenbau und den öffentlichen Bau intensiviert werden. Die Investitionsquote des Freistaats müsse bei mindestens 15 Prozent gesetzlich festgeschrieben werden.

Gegen Abschaffung der Regionalplanung

Die Rohstoffgewinnung bezeichnete Liebscher als eine große Herausforderung für die Mitgliedsunternehmen. „Unser Verband wird daher vehementen Wi-

derstand gegen die Abschaffung der Regionalplanung leisten“, betonte der Präsident.

Beim Thema „Mantelverordnung“, die die Bereiche Grundwasserverordnung, Ersatzbaustoffverordnung und Bodenschutzverordnung beinhalte, kritisierte er die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen der Bundesregierung als „völlig überzogen“. So dürfe man zukünftig zum Beispiel kein Trink- oder Mineralwasser mehr auf den Erdboden oder in das Grundwasser schütten, ohne eine Grundwasserreinigung zu begeben. Den bayerischen Ministerien und Behörden dankte er hingegen für ihre Unterstützung in dieser Frage.

Hoffnung auf Europa und für den Euro machte die Gastrednerin des Abends, Dr. Angelika Niebler, MdEP. Unter dem Motto „Auf zu neuen Wegen in Europa“ skizzierte sie ein Europa der Zukunft, in dem jeder gerne leben möchte. **DK**

Geprüft und für gut befunden

Bamberg setzt konsequent auf Gütesicherung RAL-GZ 961

Im September 1995 fasste der Stadtrat Bamberg den Beschluss zur „Finanzierung der Abwasserbeseitigung in Bamberg“. Über einen Zeitraum von 25 Jahren werden etwa 250 Mio. Euro für Umbau, Neubau und Sanierung des Kanalnetzes investiert. Die Art und Weise, wie das so genannte „Jahrhundertprojekt Kanalbau“ in dem oberfränkischen Wirtschaftszentrum umgesetzt wird, hat sich mittlerweile bis weit über die Landesgrenzen hinaus herumgesprochen.

Bamberg gilt beim Umgang mit dem Kulturgut „Leitungsinfrastruktur“ bei vielen als Vorzeigekommune, vor allem wenn es um Themen wie Wirtschaftlich-

keit, Langlebigkeit und Qualität bei der Bauausführung geht. Bei der Umsetzung der vielfältigen Aufgaben setzen die Verantwortlichen des Entsorgungs- und Bau-

betriebes der Stadt Bamberg (EBB) konsequent auf die Qualifikation der an der Ausführung beteiligten Personen. Das betrifft die Mitarbeiter von ausführenden Unternehmen und Ingenieurbüros ebenso, wie die Mitarbeiter im eigenen Haus.

Hoher Anspruch

So hat der EBB als erster kommunaler Entwässerungsbetrieb in Bayern das Gütezeichen Kanalbau erhalten. Am 13. September 2006 nahm die Werkleitung gemeinsam mit den Mitarbeitern die Verleihungsurkunde für die RAL-Gütezeichen I (Inspektion) und R (Reinigung) entgegen. Schon zwei Jahre länger, seit Januar 2004, vergibt der Entsorgungs- und Baubetrieb Leistungen im Bereich Neubau, Sanierung, Inspektion und Reinigung des städtischen Abwassernetzes nur noch an Bewerber, welche die Anforderungen der Gütesicherung Kanalbau RAL GZ-961 erfüllen. Diese Vorgehensweise untermauert nachdrücklich den hohen Anspruch in punkto Qualifikation und Ausführungsqualität.

Erhalt der Lebensqualität

Dementsprechend unterstreichen Regierungsbaumeister Dipl.-Ing. (TU) Andreas Jessen, Abteilungsleiter Entwässerung, und Dipl.-Ing. Bernhard Ruppert, Sachgebietsleiter Kanalunterhalt, die Bedeutung der Gütesicherung im Rahmen aller wichtigen Maßnahmen zum Erhalt der Lebensqualität in ihrer Kommune. Die Entwässerung gliedert sich in die Aufgabenbereiche Sammlung, Transport und Reinigung des anfallenden Abwassers. Auf den ca. 18.000 Privatgrundstücken im Stadtgebiet wird das anfallende Abwasser gesammelt. Täglich müssen zwischen 25.000 und 120.000 m³ Abwasser über das 340 km lange öffentliche Mischwasser-Kanalnetz mit etwa 60 Sonderbauwerken zur Kläranlage transportiert werden.

„Ein Instrument wie die Gütesicherung Kanalbau unterstützt den Auftraggeber bei der Auswahl geeigneter Bieter und sorgt für fairen Wettbewerb“, ist sich Andreas Jessen sicher. „Sie ist ein von Auftraggebern und Auftragnehmern gemeinsam geschaffenes Instrument zur Beurteilung der Bietereignung und damit zur Sicherung der Qualität entsprechender Arbeiten.“ Dazu werden die Fachkunde sowie die technische Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit in Bezug auf konkrete Bauverfahren beurteilt.

Vertrauen schaffen

Eine Vorgehensweise, die auch im Interesse der Auftragnehmer liegt. In konsequenter Anwendung werden Firmen von der Vergabe ausgeschlossen, welche die geforderten Nachweise nicht erbringen. Das schafft Vertrauen bei allen an der Gütesicherung beteiligten Partnern. Erreicht wird zudem eine Abgrenzung gegen schwarze Schafe, die mit nicht auskömmlichen Dumpingangeboten einen fairen Wettbewerb verhindern. Die Qualität der Bauausführung bei Kanalbaumaßnahmen im Stadtgebiet ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Das bestätigen Jessen und Ruppert. Allerdings machen sie ebenfalls deutlich, dass es viel Zeit, Geld und Engagement gekostet hat, bis das „System Bamberg“ zur Zufriedenheit aller funktionierte.

Zuverlässiges Instrument

„Wir haben in den Leistungen von Firmen aber auch von Ingenieurbüros durchaus Unterschiede feststellen können“, erinnern sich beide. Bei der Suche nach einem geeigneten Instrument, das Auftraggeber bei der Auswahl geeigneter Partner unterstützt, haben sie sich nach Prüfung mehrerer Alternativen für die Gütesicherung Kanalbau entschieden. Ein Instrument, dass Jessen und Ruppert als neutral, fair und zuverlässig einstufen und das in den letzten Jahren den gewünschten Erfolg bei den verschiedenen Aufgaben rund um das Thema Kanalisation gebracht hat.

Das Ziel war allerdings nur zu erreichen – auch darin stimmen beide überein – weil der EBB als Auftraggeber Verantwortung übernommen hat. „Was wir

Praktizierte Nachbarschaft

Wenn das „Betriebshandbuch“ in den Ruhestand geht

Die Arbeitsgemeinschaft der Wasserversorger im Landkreis Freising traf sich turnusgemäß, diesmal bei den Stadtwerken in Freising, zu einem weiteren Erfahrungsaustausch. Man hat vereinbart, sich zweimal im Jahr zu treffen.

Im Zentrum der Aussprache standen die Berichte aus den Versorgungsbereichen der Teilnehmer. Wie sinnvoll diese Kooperation ist, soll an einem Beispiel verdeutlicht werden. Der Wasserzweckverband Freising-Süd hatte sich entschlossen, die Kompressoren für die Luftzufuhr der Wasseraufbereitung auszutauschen. Die bisher installierten Geräte haben mehr als 16 Jahre Betriebszeit hinter sich und in dieser Zeit gute Arbeit geleistet. Bei den Überlegungen für einen Ersatz der alten Teile spielten neben der Technik auch die stetig steigenden Strompreise eine Rolle. Man konnte sich entweder für einen reinen Austausch entscheiden, oder für einen anderen Kompressorentyp. Dabei kamen Klauenkompressoren ins Gespräch.

Reduzierte Stromaufnahme

Bei genauer Betrachtung zeigte sich, dass bei der Wahl dieses Typs die Stromaufnahme wesentlich reduziert werden konnte. Berücksichtigt man, dass diese Kompressoren wartungsfrei arbeiten, da keine Öl- oder Abriebrückstände anfallen, errechnet sich bei steigenden Strompreisen eine deutliche Einsparung. Außerdem laufen die Klauenkompressoren geräuscharm.

Diese Erfahrungen werden vom Wasserwerk Moosburg geteilt und mit konkreten Zahlen belegt. Die Stromaufnahme konnte je Einheit von 14 KW auf 2,5 KW verringert werden. In Verbindung mit dreh-

zahlgesteuerten Pumpen, so wie sie auch in Freising-Süd eingesetzt werden, erhöht sich der Spareffekt nochmals. Natürlich ist damit eine Umstellung des Betriebsverhaltens verbunden. Man ist vom bisher üblichen 12-Stunden-Rhythmus auf einen 16-Stunden-Rhythmus umgestiegen und nimmt die Veränderung der Tagesganglinie (Befüllung und Entleerung der Behälter) in Kauf.

Erhebliches Einsparpotenzial

Die Pumpen laufen gleichmäßiger und die Einsparung beträgt zum Beispiel beim Wasserzweckverband Freising-Süd pro Tag ca. 200 kWh bzw. ca. 100 kg CO₂ (Durchschnitt Energiemix in Deutschland). Der eingesparte Betrag bezieht sich hier nur auf die Stromkostenreduzierung für Pumpen und Verdichter. Weiter kostenmindernd hinzugerechnet werden müssen entfallende Wartungskosten und der Wegfall von Filtergut.

Diese Erfahrungen haben der Runde der Fachleute gezeigt, dass auch in der Wasserversorgung unter dem Aspekt steigender Strompreise ein erhebliches Einsparpotenzial schlummert. Das ist nur erreichbar, wenn man sich öffnet und Änderungsvorschläge kritisch aufgeschlossen zeigt.

Die Zusammenarbeit in Form der Arbeitsgemeinschaft schafft Vertrauen unter den Beteiligten. Keiner muss sich vor dem Anderen rechtfertigen und jeder gibt gern seine Erfahrungen weiter. □

von anderen verlangen, leisten wir auch; dies wollen wir durch das Gütezeichen Kanalbau dokumentieren“, stellt Bernhard Ruppert fest. Die Anforderungen zur Verleihung des Gütezeichens konnten nicht zuletzt aufgrund des hohen Leistungsniveaus, der Qualifikation der Mitarbeiter und des hohen Standards der technischen Ausrüstung einwandfrei erfüllt werden. Das bestätigt Dipl.-Ing. Dieter

Walter, einer der vom Güteausschuss der Gütegemeinschaft beauftragten Prüfm Ingenieure, der dem EBB als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Regelmäßig spricht er mit dem Fachpersonal, besichtigt die Geräte im Einsatz und überprüft die erforderlichen Nachweise für erfolgreiche Reinigung und Inspektion.

Weitere Informationen unter www.kanalbau.com □

Terminhinweis:

Süd- und Ostbayerische Wassertagung in Landshut

Nichts ist beständiger als der Wandel. Die Wasserversorger bleiben stetig gefordert, am Puls der Zeit zu bleiben, sprich Leistung auf höchstem Niveau, mindestens aber auf dem Stand der Technik, zu erbringen. Von daher sind Veranstaltungen wie die 1. Süd- und Ostbayerische Wassertagung am 6. und 7. April in der Sparkassen-Arena Landshut von großer Wichtigkeit.

Die Tagung wird vom Umweltcluster Bayern in Zusammenarbeit mit der ARGE Wasser/Abwasser Niederbayern/Oberpfalz, Mösslein Wassertechnik, dem Berufsverband Bayerischer Hygieneinspektoren e. V. und dem Schwimmabad Fachverband e. V. veranstaltet. Schirmherr ist Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl.

Den Besucher erwarten drei parallel stattfindende Fachkongresse zu den Themen Trinkwasser, Abwasser und Badewasser. Neben branchenspezifischen Vorträgen hochkarätiger Referenten wie Gemeindetagschef Brandl, Dr. Hans G. Huber (Umweltcluster Bayern), Dr. Martin Grambow (StMUG), Prof. Dr. Josef Hofmann (FH Landshut), Dr. Thomas Henschel (LfU) und Dr. Juliane Thimet (Bayerischer Gemeindetag) sowie einer umfangreichen Fachmesse findet auch eine Abendveranstaltung für den Erfahrungsaustausch statt.

Zahlreiche Details zur Fachtagung, insbesondere zum Programm und zur Anmeldung unter www.wassertagung.de DK

Daueraufgabe Kanalsanierung

Ergebnisse einer aktuellen DWA-Umfrage

Dem Thema Kanalsanierung muss mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dies verdeutlicht eine Umfrage der DWA, die sie in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund durchgeführt hat. Die Resultate belegen, dass zwar eine deutliche Tendenz zu höheren Investitionen im Bereich der Kanalsanierung in Deutschland gegeben ist, dennoch bislang aber keine Besserung des Gesamtzustands eingetreten ist.

Etwa 17 Prozent der Kanalhaltungen im öffentlichen Bereich weisen Schäden auf, die kurz- bzw. mittelfristig sanierungsbedürftig sind. Die am häufigsten anzutreffenden Mängel sind schadhafte Anschlüsse und Rissbildungen in den Kanalwänden. Der Anteil der Kanalerneuerung geht sukzessive zurück. Stattdessen wird vermehrt auf die Behebung der Schäden in den Kanälen gesetzt.

Reliningverfahren

Offenkundig wird zum einen immer häufiger die Strategie verfolgt, die Nutzung der Kanalsubstanz zu verlängern und ihren Zustand zu verbessern. Zum anderen wird als Ziel der Sanierung nicht immer ein völlig schadensfreier Zustand angestrebt, vielmehr werden zunächst schwere Einzelschäden durch Reparatur beseitigt.

Innerhalb der Renovierungsverfahren bleibt das Reliningverfahren mit rund 90 Prozent die am häufigsten eingesetzte Form der Renovierung. Es handelt sich dabei um ein grabenloses Verfahren zur Sanierung defekter Abwasserkanäle.

Investitionsgrößen

Aus den Angaben der Teilnehmer, die Aussagen zu beabsichtigten Investitionen für Kanalsanie-

rungen getroffen haben, ergeben sich mittlere Investitionsgrößen von 8000 Euro je Jahr und Kilometer Kanalnetz. Für eine Großstadt mit einem Kanalnetz von 2000 km Länge entspricht dies einer Investition von 16 Millionen Euro pro Jahr. Aktuell werden bereits bundesweit ca. 4,6 Milliarden Euro jährlich durch die Kommunen in die öffentliche Abwasserentsorgung investiert, der größte Teil hiervon in die Kanalisation. Aufgrund des bestehenden Sanierungsbedarfs werden die Ausgaben für die Kanalsanierung voraussichtlich in den kommenden Jahren weiter steigen.

Ursachen für höhere Kosten

Wesentliche Ursachen dafür, dass die Kosten je Meter Kanalsanierung für Renovierungsverfahren und die Kanalerneuerung angestiegen sind, sind laut DWA unter anderem höhere Qualitätsanforderungen, die sich aber auch maßgeblich auf die Dauerhaftigkeit und damit auch Nutzungsdauer sanierter Kanäle auswirken. Hinzu kommen ein gestiegener Baupreisindex sowie die Inangriffnahme von Sanierungsmaßnahmen mit schwierigeren Randbedingungen und höheren Baukosten, die früher zugunsten „einfacherer“ und kostengünstigerer Maßnahmen zurückgestellt wurden. DK

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung optimieren? Wir machen das für Sie.

Haben Sie Probleme mit Ihrer Trinkwasserversorgungs- oder Kläranlage? Planen Sie Investitionen in diesem Bereich? Sprechen Sie einfach mit uns. Denn wir, die SüdWasser GmbH, sind darauf spezialisiert. Wir bieten Ihnen von der Beratung, Planung und Errichtung bis zum kompletten Betreiben der Anlagen eine breite Palette von Dienstleistungen und arbeiten dabei mit Behörden und Fachbetrieben vor Ort zusammen.

Mehr als 70 Kommunen profitieren bereits von unserem Know-how. Im Trinkwasserbereich sind das beispielsweise die Stadt Rehau, die Stadt Eschenbach i.d.OPf. und deren Siedlung „New-Town“. Bei der Abwasserentsorgung betreuen wir u.a. die Kläranlagen Oberhaid, Waldsassen und Emmerting.

Als regional verankertes Unternehmen haben wir uns mit einem qualifizierten Team erfolgreich auf dem bayerischen Markt etabliert. Wir entwickeln für Kommunen und Zweckverbände maßgeschneiderte Konzepte und Problemlösungen für die verschiedensten Anforderungen. Das macht uns zum kompetenten Partner für viele Formen der Zusammenarbeit und nachhaltige Kosteneinsparungen. Nutzen auch Sie unsere Möglichkeiten zu Ihrem Vorteil.

Wir sind für Sie da

SüdWasser GmbH, Nägelsbachstraße 38-40, 91052 Erlangen
T 0 91 31-9 33 07 0, F 0 91 31-9 33 07 55 79, info@suedwasser.com

SÜDWASSER
Ein Unternehmen von E.ON Bayern

e-on | Bayern



Euregio Inntal Preis:

Ausgezeichnete Kooperation über Grenzen hinweg

Es ist mittlerweile zur guten Tradition geworden, Personen und Institutionen mit dem Euregio Inntal Preis auszuzeichnen, die sich besondere Verdienste um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gebiet der Euregio (bayerische Landkreise Rosenheim und Traunstein, Stadt Rosenheim, Tiroler Bezirke Kufstein und Kitzbühel) erworben haben. Euregio-Präsident Franz Xaver Heinritz forderte bei der Preisverleihung in Oberaudorf die Anwesenden dazu auf, in ihrem Einsatz für die Euregio nicht nachzulassen.

In diesem Jahr ging die Auszeichnung an den Altpräsidenten der Fachhochschule Rosenheim, Prof. Dr. Alfred Leidig, dem Höhlenforscher Peter Hofmann, dem Österreichischen Roten Kreuz Kufstein, den BRK-Kreisverbänden Miesbach und Rosenheim sowie an die Kooperation „4-Berge & Co“.

Hochschul-Kooperation

Rosenheims ehemaliger Stadtdirektor Diethard Schinzel würdigte in seiner Laudatio vor allem Prof. Leidigs Rolle in der Zusammenarbeit der Hochschule Rosenheim mit der Fachhochschule Kufstein. 1997 habe Leidig mitgeholfen, dass in Kufstein eine leistungsfähige Hochschule entstanden sei. Er habe dafür gesorgt, dass Professoren aus Rosenheim in Kufstein tätig waren und gemeinsam Projekte verwirklichten. Dazu gehörte unter anderem der Aufbau einer Hochgeschwindigkeitsdatenleitung zwischen den Hochschulen. Was sich aus heutiger Sicht wie eine Selbstverständlichkeit anhört, war 1999 noch eine schwierige rechtliche und technische Aufgabe.

Seit über 25 Jahren beschäftigt sich Peter Hofmann mit der Höhlenforschung und der Höhlenfotografie. Ihm ist zu verdanken, dass sich vier Höhlen dieserseits und jenseits der Grenze zusammenschlossen und für Besucher geöffnet wurden bzw. noch

geöffnet werden. Die bereits zugänglichen Höhlen befinden sich in Ebbs, am Wendelstein und in Oberaudorf.

Jede der vier Höhlen führt den Besucher zu einem anderen interessanten Aspekt der Naturwahrnehmung und der menschlichen Kulturgeschichte im Jahrtausende alten Wechselspiel zwischen Mensch und Höhle. So ergänzen sich die vier Teilobjekte der „inntaler unterwelten“ zu einem in dieser Form einzigartigen Gesamtkonzept von überregionaler Bedeutung und erkenntnisreichem „Tiefgang“. Jede Höhle, jeder Weg, jedes gastronomische Angebot ist ein Erlebnis für sich – und für die ganze Familie.

„Am Besten Daheim“

Das ebenfalls ausgezeichnete Projekt „Am Besten Daheim“ ist ein interregionales Gemeinschaftsprojekt vom Bayrischen Roten Kreuz, Kreisverband Miesbach und dem Österreichischen Roten Kreuz, Bezirksstelle Kufstein. Ziel des Projektes ist die Entwicklung und Einführung eines grenzüberschreitenden Seniorenprojektes.

Die Projektpartner streben eine Verbesserung der Versorgungssituation von älteren und hilfsbedürftigen Menschen zu Hause an. Mit diesem Angebot wird eine weitere differenzierte Versorgungsform im Projektgebiet angeboten. Dieses Angebot

soll dazu beitragen, dass bei aufkommender Hilfs- und Pflegebedürftigkeit ein größtmöglicher Verbleib zu Hause möglich ist. Grenzüberschreitende Ressourcen werden dabei nutzbar gemacht. Die Finanzierung des Projektes wird durch die Europäische Union unterstützt. Das Projekt ist gesamt auf drei Jahre ausgerichtet und endet im Juli 2011.

Staatsvertrag erwünscht

Allein im vergangenen Jahr wurden 53 grenzüberschreitende Rettungseinsätze gezählt. Weil diese Einsätze im Moment nur im Rahmen der Nothilfe möglich sind, wünschen sich die

geehrten Verbände des Roten Kreuzes einen Staatsvertrag zwischen Bayern und Tirol. Darin soll geregelt werden, dass die Staatsgrenze für Rettungseinsätze ohne Bedeutung ist.

„4-Berge & Co“

Im Jahre 2002 begann eine Kooperation, die heute als „4-Berge & Co“ bekannt ist. Dabei handelt es sich dabei nicht um riesige Skiwelten, sondern um kleine Berge, die mit einer vergleichsweise sehr preiswerten Saisonkarte vor allem Kinder und Familien ansprechen wollen. Mit einer steigenden Tendenz wurden zuletzt 3.500 Saisonkarten verkauft, wobei 2.000 an Kinder und Jugendliche gingen. Unter „4-Berge & Co“ arbeiten die Skigebiete Hochkösen, Wendelstein, Hoheck und Kampenwand zusammen. Hinzu kommen noch weitere Kooperationspartner wie die Eisfläche „Hallo du“ und das Hallenbad Innsola.

DK

Treffen der Fränkischen Oberbürgermeister:

Schweinfurter Themenvielfalt

Die Arbeitsgemeinschaft der Fränkischen Oberbürgermeister befasste sich bei ihrer jüngsten Zusammenkunft in Schweinfurt mit den Themen Reform des Landesentwicklungsplans, Thesen des Zukunftsrates, Sicherheit bei Großveranstaltungen, Erhaltung des kommunalen Straßennetzes sowie Verlängerung der Sperrzeiten. Zu Beginn informierte der Leiter des BR-Studio Franken, Martin Wagner, über die Bedeutung des Nürnberger Studios für das fränkische Selbstbewusstsein.

Unter der Leitung des Erlanger Rathauschefs Siegfried Balleis sprachen sich die fränkischen Oberbürgermeister für einen stärkeren Regionalproporz im Zukunftsrats der Staatsregierung aus. In einem solchen Gremium sollte die Intelligenz des ganzen Freistaats vertreten sein, forderte Balleis. Derzeit sei das Gremium stark München-lastig, kritisierte er. Zwei Drittel der im Zukunftsrats vertretenen Fachleute kämen aus München oder dem Großraum München. Zudem müssten die Kommunen stärker in das Expertengremium eingebunden werden.

Umstritten sind bei den fränkischen Oberbürgermeistern Balleis zufolge die Planungen für Fabrikverkaufszentren auf der grünen Wiese. Mit Hilfe des Landesentwicklungsplans müsse solchen Fehlentwicklungen Einhalt geboten werden, betonte das Erlanger Stadtoberhaupt. Der Bau solcher Einkaufszentren führe zur Verödung der Innenstädte. Der Oberbürgermeister von Selb, Wolfgang Kreil, sieht dies freilich anders: Er plant in seiner Stadt eine Erweiterung eines solchen Zentrums.

Kommunale Straßen

Dass Bund und Länder dauerhaft für eine ausreichende Finanzierung der kommunalen Straßen sorgen sollten, war eine weitere Forderung der fränkischen Oberbürgermeister. Eine funktionstüchtige Verkehrsinfrastruktur sei volkswirtschaftlich ein bedeutender Standortfaktor.

Nach wie vor sei der Erneuerungs-, Ausbau- und vor allem Erhaltungsbedarf im Bereich des kommunalen Straßenbaus immens, so Balleis. Allein im vergangenen Winter seien Straßenschäden in Millionenhöhe entstanden. Und die Folgen des gegenwärtigen strengen Winters seien noch nicht abzusehen.

Bayernweit ein Thema ist auch die vom Bayerischen Landtag im Jahr 2003 gesetzlich verankerte Verkürzung der Sperrzeit auf die Stunde zwischen 5 und 6 Uhr. Laut Balleis konnte die Konsequenzen niemand absehen. Viele Städte be-

klagten seither, begleitet in vielen Kommunen durch entsprechende Einsatzzahlen der Polizei, steigende Lärmbelastung und Vandalismus. Die fränki-



Dr. Siegfried Balleis.

□

schen Oberbürgermeister forderten von der Staatsregierung eine klare landesweite gesetzliche Regelung zur Sperrzeitverlängerung. Für Clubs oder Diskotheken soll es aber nach wie vor Ausnahmen geben. Des Weiteren machten sich die Rathauschefs auch für ein Alkoholverbot auf öffentlichen Plätzen stark.

Bei einer Tagung des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses des Bayerischen Städtetags in Bamberg hatte Oberbürgermeister Andreas Starke bereits mit aktuellen Erfahrungen aufgewartet. „Die Verlängerung der Sperrzeit bei der Sandkerwa hat sich bewährt. Es kommt zu deutlich weniger Einsätzen wegen Ausschreitungen und Lärmbelästigungen“, teilte das Stadtoberhaupt mit.

Auch von Seiten der Bamberger Gastwirte kämen deutliche Signale, dass eine Sperrzeit bis zwei Uhr morgens unter der Woche ausreichend sei. Zudem müsse man die Interessen der Anwohner in Innenstädten bedenken, so Starke. Bambergs Innenstadt biete nach wie vor Raum zum Leben, Wohnen und Arbeiten. Einige Gebiete, wie zum Beispiel rund um den ZOB, würden sich allerdings immer mehr zum Sorgenkind entwickeln.

DK



Landrat Dr. Günther Denzler, Universitätspräsident Godehard Ruppert und Oberbürgermeister Andreas Starke (von links). □

Studierende in Not

Bamberg OB Starke und Landrat Denzler appellieren an Vermieter

Der doppelte Abiturjahrgang stellt die Region vor große Herausforderungen: 1020 Studierende haben sich bis jetzt in der Studentenkanzlei der Universität Bamberg für das Sommersemester angemeldet – bereits jetzt knapp 800 mehr als vor einem Jahr.

Die Universität hat sich gemeinsam mit Stadt und Landkreis Bamberg dennoch das Ziel gesetzt, möglichst jedem neuen Studierenden eine Unterkunft zu vermitteln. Bei einem Pressesprache appellierten OB Starke und Landrat Denzler an die Bürgerinnen und Bürger.

Universitätspräsident Godehard Ruppert führte zahlreiche Gründe für das enorme Wachstum der Studierendenzahlen an. Dadurch wächst der Druck auf Stadt und Region, denn allein für das aktuelle Sommersemester werden annähernd 500 zusätzliche Wohnungen benötigt. „Der Gesamtwohnungsmarkt müsste in Schwung gebracht werden“, äußerte sich der Universitätspräsident, der die Initiative „Wohnraum schaffen für Studierende“ von Stadt und Landkreis sehr begrüßt.

Maßnahmen im Überblick

Wie viel bereits geschehen sei, stellte Oberbürgermeister Starke überblickartig dar: Der Großteil der Studierenden kommt nach wie vor am freien Wohnungsmarkt unter. Ferner gebe es 1.680 Wohnheimplätze, von denen 832 Wohnungen vom Studentenwerk Würzburg angeboten werden. Die Stadtbau GmbH biete weitere 322 Appartements, die Joseph-Stiftung 250 Einzel- und Doppelappartements und das Collegium Oecumenicum 213 Wohnplätze an. Weitere 400 Einheiten seien auf der Erba-Insel derzeit im Bau, wovon 63 Studentenwohnungen in der Schlichterei bereits weitgehend fertig gestellt und übergeben wurden.

Doch das sei nicht genug. Deshalb appellierte Oberbürgermeister Andreas Starke erneut an alle potenziellen Vermieter in Bamberg, freien und zusätzlichen Wohnraum zu „studentenfreundlichen“ Preisen anzubieten. „Manchmal verfügen gerade die älteren Mitbürger über freie Räume in großen Wohnungen in der Innenstadt und könnten, sofern sie dazu bereit wären, idealen Wohnraum für Studentinnen und Studenten zur Verfügung stellen“, so Starke. Vermieter und Eigentümer solcher Wohnungen können sich auch im Rathaus (Frau Riegelbauer, Telefon 0951/87-1010) melden, um beraten zu werden.

Darüber hinaus würde die Stadt Bamberg dem Studentenwerk unentgeltlich ein Grundstück an der Weißenburgstraße zur Verfügung stellen, um dort kurzfristig 50 Containerwohnheimplätze zu errichten. Auch Landrat Dr. Denzler unterstützt die Universität mit einem nachdrücklichen Appell. Die Gemeinden des Landkreises seien bereits schriftlich aufgefordert worden, freie Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Auch über die Homepage des Landratsamtes werde für studen-

tischen Wohnraum geworben. Wer Wohnraum für Studenten zur Verfügung stellen möchte oder weitere Fragen dazu hat, kann sich direkt mit dem zuständigen Studentenwerk Würzburg in Verbindung setzen.

□

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewährung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 45 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,-- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Finanzsituation der Stadt Regensburg:

CSU-Fraktion sieht ihre Arbeit bestätigt

Erfreut blickt CSU-Fraktionsvorsitzender Christian Schlegl auf die derzeitige Finanzsituation der Stadt Regensburg. In einer Stadtratssitzung vom Januar hatte Wirtschafts- und Finanzreferent Dieter Daminger erfreuliche Zahlen verkündet. Bei den Arbeiten zur Erstellung des vorläufigen Rechnungsabschlusses für 2010, der im März dem Stadtrat vorgelegt wird, wurde deutlich, dass die Gewerbesteuererinnahmen bei circa 165 Millionen Euro liegen. Das bedeutet eine deutliche Steigerung gegenüber den im Nachtragshaushalt bereits herausgesetzten Einnahmen von 135 Millionen Euro.

„Dieser Anstieg um rund 30 Millionen Euro steht für eine hervorragende finanzielle Zukunft Regensburgs. Zugleich ist er die Bestätigung unserer vorausschauenden Politik, die wir gemeinsam mit Oberbürgermeister Hans Schaidinger seit Jahrzehnten für unsere Stadt betreiben. Nun ist der Erfolg in Zahlen festgeschrieben“, kommentiert der Fraktionschef die Gewerbesteuerbilanz.

Erwartungen übertroffen

„Die Regensburger Finanzsituation übertrifft selbst unseren berechtigten Optimismus“, so Schlegl. Regensburg sei mit diesem Gewerbesteueranstieg nach der weltweiten Finanzkrise bayernweit eine Ausnahmekommune. „Diese Bilanz spricht eine deutliche Sprache. Sie ist der Ausfluss einer zielgerichteten und konsequenten Politik der Nachhaltigkeit. Das Ergebnis jahrzehntelanger Bemühungen, in Regensburg produktive Arbeitsplätze aufzubauen, trägt nun Früchte“, resümiert Schlegl

die erfolgreiche Wirtschaftspolitik seiner Fraktion. Regensburger Firmen seien auf internationalen Märkten erfolgreich vertreten und spielen im Konzert der Weltspitze mit.

Zudem konnte die Ist-Verschuldung seit sieben Jahren konstant gehalten werden. Im Jahr 2010 wurde sie trotz eines sehr hohen Investitionsniveaus von 270 Millionen Euro auf 262 Millionen Euro zurückgeführt.

Spielraum für nachhaltige Investitionen

Die Stadt habe nun mehr Spielraum für nachhaltige Investitionen, aber auch für die weitere Rückführung der Ist-Verschuldung. Dies bedeute eine Entlastung und ein Entwicklungspotenzial für die zukünftigen Generationen. „Vorausschauende Politik hat gerade auch mit geordneten Finanzen zu tun. Sie ist die Basis für eine erfolgreiche, verantwortliche und visionär-nachhaltige Zukunftspolitik“, zeigt sich Schlegl vom richtigen Weg überzeugt. □

Metropolregion Nürnberg:

„Europäischer denken und voneinander profitieren“

Nürnberg. Regionale und überregionale Entwicklungsperspektiven wollen die CSU-Bezirksverbände Nürnberg/Fürth/Schwabach und Mittelfranken künftig gemeinsam ausarbeiten und aufzeigen. Bei einer ersten Zusammenkunft der beiden Bezirksverbände am Airport Nürnberg legte Europaabgeordneter Martin Kastler die Bedeutung der Vernetzung aller politischen Aktivitäten dar: „Wir müssen europäischer denken, die Stärken herausstellen und unsere Interessen gemeinsam formulieren“.

Nach Ansicht der CSU-Bezirksvorsitzenden Dr. Markus Söder und Joachim Herrmann könnten nur im Dialog und in Geschlossenheit die Perspektiven für den Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen und die ländlichen Regionen Mittelfrankens ohne Benachteiligung einzelner entwickelt werden.

Umwelt- und Gesundheitsminister Söder forderte, dass neben der Vernetzung und Imagebildung die Metropolregion auch ein Element der finanziellen Förderung werden müsse. Künftige Förderkriterien dürften sich nicht einseitig auf dünn besiedelte und strukturschwache Gebiete beschränken: „Die Arbeitslosenquote muss ein eigener Fördertatbestand werden“. Die Metropolre-

gion Nürnberg sei eine der stärksten in Europa und um das Ranking halten zu können, müssten die Profile weiterentwickelt und die Technologieregion ausgebaut werden.

Ländlicher Raum gewinnt

Nach Ansicht von Joachim Herrmann sind starke Zentren notwendig und ein Gewinn für den ländlichen Raum: „In Bayern wird kein Quadratkilometer abgeschrieben. Wir wollen nicht, dass alles gleich ist, aber wir wollen gleichwertige Lebensbedingungen und Perspektiven in allen Räumen Bayerns“. Die Entwicklung der Region Mittelfranken bezeichnete der Innenminister als gemeinsames Anliegen

beider Bezirksverbände und erinnerte nur beispielhaft an die beschlossene Schaffung tausender neuer Studienplätze und zusätzlicher Infrastrukturen als entscheidende Voraussetzung für die Konkurrenzfähigkeit im enger werdenden europäischen Markt.

Die mitwirkenden Kommunalpolitiker legten Wert darauf, das Thema Mobilität auch im Zusammenhang mit Querverbindungen und S-Bahn-Netzen zu behandeln: „Der Mehrwert der Metropolregion muss auch in der Peripherie ankommen“. Bezirksstagspräsident Richard Bartsch forderte die Kommunen auf, politische Themen mehr europäisch zu sehen und in der Metropolregion verstärkt mitzumachen.

Flughafenanbindung

Einigkeit bestand zudem darin, dass der Nürnberger Flughafen modern und zukunftsgerichtet auch an die übrigen Verkehrswege angeschlossen werden müsse. Es gehe aber auch um die Fortschreibung transeuropäischer Netze, um die flächendeckende Breitbandversorgung und deren fortwährende Standardhebung. „Bewegung gibt es auf Straßen und Schienen, auf dem Wasser und in der Luft, aber auch im Netz.“

Voneinander profitieren

Als Signal der Gemeinsamkeit und der Bewusstseinsklärung sollte diese erste Zusammenkunft verstanden werden. Es gelte, voneinander zu profitieren, um bestmögliche Lebensbedingungen für die Menschen zu schaffen. Dazu Martin Kastler: „Wir bauen auf ein Miteinander wirtschaftlicher Zentren, ländlicher Regionen sowie geschützter Natur- und Naherholungsbereiche und der Vernetzung aller drei Standorttypen.“

Gedankt wurde dem Dillinger Kreistag mit Landrat Schrell, dem Stadtrat Wertingen mit Bürgermeister Willi Lehmeier, dem Geschäftsführer der Kreiskliniken, Uli-Gerd Prillinger und den nicht weniger als 367 einsatzfreudigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mit dem Ärztlichen Direktor Wolfgang Streifinger (Friedberg bei Augsburg) an der Spitze. Viel Anerkennung gab es auch für den engagierten Einsatz des Krankenhaus-Förderkreises unter Leitung von Rita Müller-Brenner.

Seit Generationen ist die Bevölkerung im weiten Umkreis der 117-Betten-Klinik in besonderer Treue verbunden. Dies kam auch in einer wohl einmaligen Demonstration für die Substanzsicherung des Hauses im April 2008 mit über 4000 Teilnehmern zum Ausdruck. Die damals massiven Befürchtungen, es seien „Totengräber der Klinik Wertingen“ am Werke, erwiesen sich als unbegründet. Die Stadt Wertingen mit ihren 8945 Einwohnern (einschließlich zwölf Stadtteilen) hat ihren wichtigsten Arbeitgeber gesichert. Ein abschließender weiterer Bauabschnitt rundet das Gesamtvorhaben.

Für das jetzt absolvierte 10,8 Millionen-Projekt gab es aus dem staatlichen Fördertopf rund 7 Millionen Euro. Hinzu kamen Verpflichtungen für Landkreis und Stadt von je 1,9 Millionen Euro.

Die Stadt Wertingen leistet ganz hervorragende Finanzzuschüsse für die Klinik. Es sind 15 Prozent der Betriebskostenzuschüsse (seit 2006 rund 600.000 Euro), dazu 75 Prozent des Defizits der Geburtshilfe (seit 2008 rund 535.000 Euro) und rund 2,2 Millionen Euro für den Neubau (seit 2007 bis 2011). □



Von links: Bezirksstagspräsident Richard Bartsch, die Staatsminister Joachim Herrmann und Dr. Markus Söder sowie MdEP Martin Kastler. Text und Bild: pm



Vorne von rechts: Landrat Leo Schrell, Rita Müller-Brenner, Teamleiterin Ursula Opolka, Geschäftsführer Uli-Gerd Prillinger. Dahinter (von rechts): Pfarrer Rupert Ostermayer, Bürgermeister Willy Lehmeier, MdL Georg Winter, Ärztlicher Direktor Dr. Wolfgang Streifinger, Dr. Johann Popp. Bild: -jdt-

Wichtige Brückenfunktion der Klinik Wertingen

Wertingen (jdt). Mit einem Festakt und einem großen „Tag der offenen Tür“ verbunden war der Abschluss des zweiten Bauabschnitts des Neubaus der Kreisklinik Wertingen. Das 10,8 Millionen-Projekt konnte dank eines außergewöhnlichen Engagements aller Beteiligten bewältigt werden.

Hervorgehoben wurde, dass im Rahmen der staatlich gesteuerten Krankenhausversorgung Wertingen als einziges Krankenhaus in Schwaben eine positive Ausnahmeregelung erhielt. Statt der zunächst vorgesehenen Sanierung kam von „München“ die Neubaugenehmigung mit entsprechender staatlicher Förderung. Der Dillinger Landrat Leo Schrell (Aufsichtsratsvorsitzender der Kreiskliniken Dillingen-Wertingen GmbH) und sein Vertreter im Aufsichtsrat, Johann Popp, sprachen beim Festakt von einer „Sensation“. Für die Durchsetzung des

Neubaus galt ein besonderer Dank dem Landtagsabgeordneten Georg Winter. Er habe als Vorsitzender des Finanzausschusses des Landtags ganz entscheidende Weichenstellungen zur Genehmigung des Großprojektes vorgenommen. Berücksichtigung fand auch die Sonderstellung der Klinik Wertingen mit ihrer Brückenfunktion zwischen den Kliniken in Nordschwaben und Augsburg.

Besondere Anerkennung gab es zur Einweihungsfeier der Sicherung der Klinik Wertingen und des Hauses St. Elisabeth in Dillingen in kommunaler Trägerschaft.

GZ

Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Oh Gott, da haben wir ja wieder einmal eine Vorahnung der Apokalypse auf den Fernsehschirm serviert bekommen – unvorstellbar und schrecklich.“ Mein Chef, der Bürgermeister, steht immer noch unter dem Eindruck der Naturkatastrophen, die Japan heimgesucht haben – erst das Erdbeben, dann der Tsunami. Und natürlich von deren nicht absehbaren Folgen.

Es war ja schon fast makaber, wie unmittelbar wir in der ersten Reihe saßen und sahen, wie Häuser sich gegen die Straßen verschoben, wie eine Flutwelle Autos, Schiffe, ja ganze Häuser von der Küste ins Hinterland schob. Und erst die Bilder von den Folgen: Verwüstetes Land, so weit das Auge reicht, ausradierte Städte wie nach einem Bombenangriff. Sportflugzeuge, die auf Marktplätze gespült wurden – und immer wieder Menschen, die sich auf

Japans schwarzer Freitag

Dächer geflüchtet haben, die um Hilfe rufen oder durch Trümmer irren. Dazu die Szenen des Todes – umgestürzte Züge, fortgerissene Brücken, zerfetzte Autos. Weitaus beklemmender als abstrakte Zahlen, mögen sie auch in die Zehntausende gehen.

Japans schwarzer Freitag ist ja so etwas wie Lehrstück und Weltgericht in einem. Es sollte allen bei uns eine Lehre sein, die in den Schneefällen des Winters und in Schmelzhochwassern unzumutbare Härten und unerträgliche Eingriffe der Natur in unser perfekt technisiertes Leben erkennen. Die entfesselten Naturgewalten sind zu weit größeren Zerstörungen in der Lage, als unpassierbare Straßen oder vollgelaufene Keller. Wir werden auch daran erinnert, dass jedes Menschenwerk fehlerbehaftet ist und es absolute Sicherheit bei technischen Anlagen ebenso wenig gibt und geben wird, wie man sich nicht endgültig gegen die Natur schützen kann. Alles, was wir unternehmen, ist im Kern eine Risikoabwägung, ein Austarieren zwischen Nutzen und möglichem Schaden.

Lange werden wir von den Bildern der Menschen in den stark betroffenen Gebieten Japans zehren, die ihr Schicksal mit stoischer Gelas-

senheit, eiserner Disziplin und einer harten Firmis aus verborgenen Emotionen meistern.

Taifun-Mentalität hat das jemand genannt, also das tief in der geschichtlichen und teilweise auch persönlichen Erfahrung der Japaner verankerte Wissen dieses Volkes der Inseln an einem der tektonischen Brennpunkte der Erde, dass die Natur jederzeit alles Hab und Gut nehmen kann. Dennoch: Wo auf der Welt würden sich hungrige und durstige Menschen stoisch in einer Schlange vor einem zerstörten Lebensmittelmarkt aufstellen, in der Hoffnung, aus den geretteten Vorräten vielleicht noch etwas kaufen zu können, statt zu plündern, wie es aus anderen Weltgegenden bei weitaus geringeren Vorkommnissen gemeldet wird? Wo wäre es möglich, Menschen eine ganze Nacht in einem überfüllten Zug auf freier Strecke stehen zu lassen, ohne reinweise hysterische Anfälle zu provozieren?

Diese stoische Geduld und Leidensbereitschaft gründet, so wird erklärt, auf dem altjapanischen Ehrenkodex „Bushido“, der Tapferkeit, Geduld und Leidensfähigkeit fordert. Tapferkeit gehört auch zu den abendländischen Kardinaltugenden, Disziplin wird gern als Sekundärtugend verspottet, obwohl es unser Land groß gemacht hat. Aber das mit dem geduldigen Ertragen von Fährnissen und Widrigkeiten ist bei uns eher nicht mehr so verbreitet.

Mein Chef, der Bürgermeister, kann seine Bewunderung für das japanische Volk nicht verbergen. Natürlich läuft auch in diesem auf Perfektion getrimmten Land in einer solchen Ausnahme-situation nicht alles reibungslos und zeigen sich Zeichen von Überforderung – wie sollte das auch anders sein bei der unübersehbaren Vielzahl an Herausforderungen, die sich jetzt parallel auftrug. Deshalb ist es wichtig, dass alle in diesen Tagen der Prüfung auch mit Japan solidarisch sind. Um die Haltung der Japaner zu verstehen, lege ich dem Chef das heutige Kalenderblatt mit einem Zitat des schwedischen Psychiaters Axel Munthe auf den Schreibtisch: „Ein Mensch kann viel ertragen, solange er sich selbst ertragen kann.“

Ihre Sabriul

Kulturstiftung verliert an Wert

Unterfranken: Schwierige Ertragslage der bezirkseigenen Stiftung löst Debatten aus

Würzburg. Mit einem dicken „Aber“ stimmte der Bezirkstag im Februar dem 7,58 Millionen Euro-Haushalt 2011 der unterfränkischen Kulturstiftung zu. Die deutlichste Kritik kam von den Freien Wählern (FW) und der Fraktion der Grünen. Erstere beklagte angesichts der schwierigen Ertragslage, dass zu spät an Sparen gedacht worden sei. Die Grünen monierten den nach ihrer Ansicht alles andere als nachhaltigen Umgang mit der Stiftung. So sei es in den letzten Jahren zu einem dramatischen Wertverlust gekommen.

Ginge es nach den Grünen, müsste die Bezirksverwaltung das Thema „Stiftungssicherung“ ganz oben auf ihr diesjähriges Arbeitsprogramm setzen. Nachdem die jährliche Inflation mit Ausnahme des vergangenen Jahres nie ausgeglichen wurde, sei das im Gründungsjahr 1998 rund 208 Millionen Euro umfassende Stiftungsvermögen heute nur noch etwa 175 Millionen Euro wert. Dies bedeute einen Kaufkraftverlust von 16 Prozent, rechnete Grünen-Bezirksrat Michael Gerr vor. Werde nicht endlich in die Werterhaltung der Kulturförderinstitution investiert, „fahren wir, wenn auch in Zeitlupe, die Kulturstiftung sehenden Auges an die Wand“.

Guter Wille vorhanden

Laut Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel befasst sich die Bezirksverwaltung durchaus mit dem Thema Werterhaltung. Darum wurden 2010 erstmals 400.000 Euro in das Stammkapital gesteckt: „Der gute Wille ist also da.“ Gerade angesichts sinkender Erträge sei es jedoch schwierig, die für den Inflationsausgleich notwendigen Gelder in die Werterhaltung der

Stiftung zu geben. Vor allem in diesem Jahr haben Unterfrankens Kulturschaffende und Denkmalschützer schmerzhaft Kürzungen zu verkraften: „Wir müssen darum versuchen, einen Mittelweg zu finden.“

Die Betroffenen

Von den im Bezirkstag gefassten Beschlüssen zur Konsolidierung des ertragsschwachen Kulturhaushalts sind unter anderem Unterfrankens Chöre, Orchester, Bands und Musikvereine betroffen. Musikalische Veranstaltungen werden in diesem Jahr nur noch dann vom Bezirk bezuschusst, wenn Mittel in gleicher Höhe von Dritten kommen – beispielsweise Kommunen, Stiftungen oder Kirchen.

Indikator

Vor allem bei qualitativ hochwertigen „Events“ dürfte dies nach Ansicht der CSU kein Problem sein. „Das Maß der Kofinanzierung ist ein hervorragender Indikator für die Wertschätzung und Bedeutung einer musikalischen Veranstaltung“, so der Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Motsch.

Nicht eben stark war der Ein-

sparwille von Bezirkstag und Bezirksverwaltung in den vergangenen Jahren gewesen, kritisierte Tamara Bischof von den Freien Wählern. Die Sparvorschläge der Strukturkommission aus dem Jahr 2009 seien im vergangenen Jahr „größtenteils beiseite gewischt“ worden, die vielen Sitzungsstunden in der Kommission waren „vergeblich“. Bischof forderte eine Kostensenkung beim Fränkischen Freilandmuseum Fladungen, in das der Bezirk heuer 940.000 Euro investiert, sowie beim Mainfränkischen Museum, in das 700.000 Euro fließen. „Sorgenkind“ bleibe das nur mäßig besuchte Schloss Aschach mit seinem Zuschussbedarf von 800.000 Euro.

Reaktionen

Dass jährlich etwa 200.000 Euro aus Mitteln der Kulturstiftung in den Gartenunterhalt des Wernecker Bezirkskrankenhauses fließen, sorgte bei der FDP-Bezirksrätin Adelheid Zimmermann für Unverständnis. Mindestens ein Viertel dieser Summe müsse in den Wirtschaftsplan des Klinikums ausgelagert werden. Mit den dann frei werdenden Geldern von 50.000 Euro könnten bezirkliche Kulturpreise für moderne bildende Kunst, unterfränkische Literatur sowie zeitgenössische Filme aus der Region ausgelobt werden. Die Gegenwartskultur, so Zimmermann, komme vor allem in diesen drei Sparten in Unterfranken „zu kurz“. Pat Christ

200 Jahre Neu-Ulm:

Vielseitiges Jubiläumsprogramm

Heuer feiert Neu-Ulm, die bayerische Stadt an der Donau, mit zahlreichen Veranstaltungen, Aktionen, Events und Gästen aus Nah und Fern ihren 200. Geburtstag. Mittelpunkt der Feierlichkeiten ist laut Oberbürgermeister Gerold Noerenberg das große Jubiläumswochenende mit zweitägigem Bürgerfest und der Eröffnung der großen Jubiläumsausstellung vom 20. bis 22. Mai.

Am 7. April 1811 unterschrieb König Maximilian I. Joseph die „Entschließung“, quasi die „Bewilligung von oberster Stelle“, dass gegenüber der alten Reichsstadt Ulm, also genau dort, wo sich viele wichtige Handelsstraßen vor der Herdbrücke trafen und sich etliche Gartenhäuser der Ulmer befanden, eine politische Gemeinde unter dem Namen „Ulm auf dem rechten Donauufer“ gegründet werden darf.

Historie

Der Generallandeskommissär des Oberdonaukreises, Freiherr Karl von Gravenreuth, setzte den 22. April 1811 als das Gründungsdatum – den Geburtstag – der Gemeinde, der heutigen Stadt Neu-Ulm, fest. Im Jahr 1814 war in Taufbüchern erstmals der Name „Neu-Ulm“ zu lesen. Dieser hatte sich wohl aufgrund seiner Kürze gegen „Ulm auf dem rechten Donauufer“ durchgesetzt und bürgerte sich ein. So entstand aus einigen Gehöften und unter königlicher Erlaubnis die Stadt Neu-Ulm.

Im Rahmen der großen Ausstellungseröffnung des Stadtarchivs am 20. Mai zur 200-jährigen Geschichte der Stadt Neu-Ulm wird in acht Stationen und mit zahlreichen historischen Fotos und Exponaten die Entwicklung des Dorfes zur Stadt von

heute gezeigt: Der Weg der Gemeindeverwaltung von der obrigkeitlichen zur demokratischen Verfassung, die Entwicklung Neu-Ulms zur Industriestadt, die Geschichte der Eisenbahn, der Kirchen und des Schulwesens sowie der Aufbau einer modernen Ver- und Entsorgung.

Eine Station widmet sich der militärischen Tradition. Ausführlich wird zudem über die bauliche Entwicklung der Stadt berichtet. Eine Zeitleiste führt durch das politische, gesellige und kulturelle Leben. Zudem werden auch zwei berühmte Söhne der Stadt gewürdigt: der deutsche Flugpionier Hermann Köhl sowie der Bildhauer und Grafiker Edwin Scharff.

Persönlichkeiten

Von herausragenden Neu-Ulmer Frauen und Männern, die Großes geschaffen und damit die Stadtgeschichte – manchmal auf überraschende Weise – beeinflusst haben, wird am 15. April die Rede sein. Die Ulm/Neu-Ulm Touristik GmbH (UNT) veranstaltet hierzu eine Führung.

Am 17. Mai wird Dr. Jenny Sarazin, Leiterin des Wrack- und des Fischereimuseums Cuxhaven, Autorin zweier Bücher über Donauschiffahrt und –schiffbau, über „Die Ulmer, ihre Schiffahrt und ihr Schiffbau“ referieren. Sie

erzählt vom vielschichtigen und mitunter gefährlichen Handwerk der Ulmer Schiffeleute und von ihren Wasserfahrzeugen, die bis hinunter nach Ungarn einen guten Ruf genossen.

Mit Aktionen im Hallenbad, im Freibad und im Beach-Club wird sich vom 3. Juni bis 10. Juni das Donaabad Wonnemar an den Feierlichkeiten beteiligen. Am 1. Juli und 19. August wiederum werden vergnügliche Spaziergänge zu jenen Stationen führen, die Neu-Ulms 200-jährige Geschichte ausmachen.

Vom 18. bis 20. August warten das Dietrich-Theater Neu-Ulm und die Stadt Neu-Ulm mit

Bewährte Zusammenarbeit

Broschüre zeigt an INTERREG-Beispielen Lösungswege für ein grenzenloses Europa

Auf die räumliche Dimension kommt es an. Das ist die zentrale Botschaft der Territorialen Agenda der EU. Somit ist das europäische Förderprogramm INTERREG eines der wichtigsten Instrumente, um räumliche Herausforderungen frühzeitig zu erkennen und gemeinsam zu lösen. Bei der transnationalen Zusammenarbeit der Ausrichtung INTERREG B kooperieren verschiedenste Akteure der EU-Mitgliedstaaten aus unterschiedlichen Fachbereichen miteinander. Für eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung der Regionen Europas nutzen sie Lösungsansätze, die auf individuelle Gegebenheiten zugeschnitten sind.

Die nun erscheinende Broschüre „Beispielhaft! Projekte zur transnationalen Zusammenarbeit in Europa“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zeigt: INTERREG ist sowohl auf politischer als auch auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene ein großer Erfolg.

Anhand von Beispielprojekten offenbart die Broschüre eindrucksvoll, wie facettenreich die Herausforderungen und Lösungsstrategien der INTERREG-Partner sind. So verfolgen beispielsweise die Projekte SoNorA und SCANDRIA das Ziel, die Verkehrsinfrastruktur zwischen Ostsee und Adria zu verbessern, bei dem Projekt LABEL geht es um das Thema Hochwasser. Alle Pro-

jekte haben eines gemeinsam: sie integrieren wie selbstverständlich Facettenreichtum und Einzigartigkeiten in ihre Arbeit. Deutlich wird bei der Lektüre vor allem eines: Die europäische transnationale Zusammenarbeit hat sich bewährt und sollte auch nach der laufenden Förderperiode Teil der Kohäsionspolitik bleiben. Deshalb spricht sich die Bundesregierung für eine Fortführung der drei Dimensionen, der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit aus. So kann INTERREG mit konkreten Umsetzungsprojekten zur Verortung der „Europa2020“-Ziele beitragen und sich den vielfältigen Herausforderungen direkt vor Ort stellen.

Symbiotische Geschichte

Die historischen Mauern der Bundesfestung Ulm rechten Ufers schufen entscheidende Rahmenbedingungen für die neue Stadt. Der Vortrag des Vorsitzenden des Vereins Förderkreis Bundesfestung Ulm Matthias Burger am 18. Oktober zeigt mit Plänen, Bildern und allerlei typischen Neu-Ulmer Geschichten die bauliche und kulturelle Verflechtung der Stadtwerdung mit der Festung, beleuchtet die symbiotische Geschichte der Bundesfestung Ulm und der Stadt Neu-Ulm. Dabei geht es dem Referenten nicht nur um die ersten Anfän-

ge, sondern um eine Gesamtchau der prägenden Beziehungen bis heute.

Mit dem Gründervater von Ulm, Karl Ernst von Gravenreuth, befasst sich schließlich am 15. November ein Vortrag von Dr. Frank Raberg. Der Referent, Verfasser des „Biografischen Lexikons Ulm und Neu-Ulm 1802–2009“, spürt dem überaus bewegten und wendungsreichen Lebensweg Gravenreuths und der Gründungsgeschichte Neu-Ulms im Detail nach. Veranstalter ist der Historische Verein Neu-Ulm.

Geocoaching

Wandern, rätseln, interessante Orte kennen lernen, geschichtliches Wissen auffrischen, Kontakt zu Gleichgesinnten, technische Spielereien und Bewegung an der frischen Luft sind wohl die

Hauptgründe für das Geocaching. Vom normalen Wanderverein oder Rätselclub unterscheidet sich Geocaching durch die Nutzung von GPS-Empfängern, die einem auf ca. fünf Meter genau den jeweiligen Standort verraten und somit eine Unzahl von Möglichkeiten eröffnen.

Anlässlich des 200-jährigen Bestehens der Stadt Neu-Ulm wurden in Neu-Ulm einige spezielle Geocaches ausgelegt. Neben familienfreundlichen Caches sind auch Geocaches für historisch Interessierte und Kletterer dabei. Diese Aktion wird von der Stadt Neu-Ulm, Sachgebiet Vereine, Sport, Kultur in Zusammenarbeit mit der Geocaching-Gruppe „Die Ulmer“ und dem Förderkreis Bundesfestung Ulm e.V. angeboten. Weitere Informationen unter www.200-jahre-nu.de DK

Bürgermeisterwahlen im Freistaat

In mehreren bayerischen Städten und Gemeinden wurden neue Bürgermeister gewählt. Im Unterallgäuer Boos siegte der Vertreter der Freien Wählergemeinschaft, Michael Ehrentreich mit 82 Prozent der Stimmen gegen den Bewerber von CSU, Bürgerblock, Wählergruppe Landwirtschaft und Offener Liste, Hansjörg Bürzle, der auf 18 Prozent kam.

In Neunburg vorm Wald im Landkreis Schwandorf traten gleich fünf Kandidaten an, nachdem sich der bisherige erste Bürgermeister Wolfgang Bayerl nach 18 Jahren aus seinem Amt zurückzieht. Nachdem keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit auf sich vereinen konnte, kommt es in zwei Wochen zu einer Stichwahl.

Ebenfalls nach 18 Jahren gibt der Bürgermeister von Theres (Landkreis Hassberge), Hans-Peter Reis, sein Amt ab. Hier kämpften drei Kandidaten um die Nachfolge. Neuer Bürgermeister ist der CSU-Politiker Matthias Schneider, der mit 50,5 Prozent die Oberhand gegenüber Ludwig Hahn (Thereser Wählergemeinschaft, 31,7 Prozent) und Karl Dotzel (Thereser Demokraten, 17,8 Prozent) behielt. Die Wahlbeteiligung lag bei knapp über 80 Prozent.

Dagegen stand in Bergrheinfeld im Landkreis Schweinfurt nur Amtsinhaber Peter Neubert von den Freien Wählern zur Wahl. Der 59-Jährige, seit knapp zwölf Jahren im Amt, erhielt 91,6 Prozent der Stimmen.

Ralph Edelhäuser ist neuer Bürgermeister der Stadt Roth. Er setzte sich in der Stichwahl gegen Sonja Möller (parteilos/FW-Roth) durch. Mit 59,6 Prozent wurde der CSU-Politiker zum Nachfolger von Richard Erdmann (SPD) bestimmt, der nicht mehr angetreten war. Die Wahlbeteiligung betrug lediglich 53 Prozent.

Die Stichwahl in Küps (Landkreis Kronach) gewann schließlich der parteilose Amtsinhaber Herbert Schneider mit knapp 53 Prozent gegen seinen CSU-Kontrahenten Bernd Rebhan, der auf 47 Prozent der Stimmen kam. Schneider ist seit 1999 Bürgermeister von Küps. DK

LIEFERANTEN -



NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausgeStadtet.

BECK GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00
www.gartenbank.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausgeStadtet.

JWS Nusser GmbH & Co. KG
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-113
www.gartenbank.de

Kindergarteneinrichtungen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunale Energieberatung

KlimaKom **Green City Energy**
Kommunenverbund Prof. Dr. Manfred Weinga
Der alternative Energiepartner

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen • bürgernah • handlungsorientiert

Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/89066890 • www.klima-kommune.de
Peter.Keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

**Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme**

Hallo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218
Telefon: (02773)82256 · www.hallo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Sportgeräte

www.benz-sport.de

ORIGINAL
BENZ
SPORT

Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
05326 / 502-0

Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

LRS
LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE

Franz Sedlmeier
Inhaber

Lüftungs-Reinigungs-Service
Wolfratshäuser Straße 9a
82049 Pullach im Isartal
Telefon: (089) 74 44 24 98
Fax: (089) 74 44 24 99
E-Mail: info@l-r-service.de
Internet: www.l-r-service.de

Mitglied im Europäischen
Verband der Energie- und
Umweltschutzberater e.V.

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Berufsbekleidung

bardusch
Textil-Mietdienste

Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 · BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH
COBURG

FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen